

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3163

Inhalt:

Alles organisiert sich. — Die Forderungen der Gasarbeiter in Weyreuth. — Die Denkschrift der Kölner Stadtverwaltung. III. — Rückschritt in der Charlottenburger Arbeiterpolitik. — Neue Krankenkassensplittierung. — Die dritte Konferenz der deutschen Gasarbeiter. II. — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1910. III. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Gerichtszeitung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Wie die Wohlhabenden urteilen. — Totenliste des Verbandes.

Alles organisiert sich.

Von Dr. Adolf Braun.

Es hört man von Männern, die ihre Wohlmeinung, ihr Interesse für die Arbeiter betonen und sich selbst dabei recht gute Zeugnisse ausstellen, daß die Arbeiter doch nicht notwendig haben, sich zu organisieren. Jeder wohlmeinende Unternehmer sorge doch für das Wohlbefinden der Arbeiter, und wenn dies da und dort unterlassen würde, so seien diese Arbeiter zumißt selbst daran schuld. Sie fördern die Unternehmer oder die Stadtverwaltung durch ihre immer von neuem erhobenen Forderungen, durch ihre Kritik alles dessen, was der Unternehmer tut und unterläßt, sie wirken so seiner Sorgsamkeit für die Arbeiter entgegen. Nirgends sei der Arbeiter, so sagen natürlich auch die Unternehmer, besser aufgehoben, wie in der Fürsorge der Unternehmer.

Es wird den Arbeitern der Vorwurf gemacht, daß sie das Verhältnis zum Unternehmer trüben, indem sie sich organisieren. Es wird gejamert und getrauert, daß das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gestört wird durch die Organisation. An die „schönen Zeiten“ wird erinnert, als sich zwischen Unternehmern und Arbeitern kein dritter einmischte, als die Arbeitsbedingungen im direkten Verkehr zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgeglichen wurden. Es gibt Unternehmer, die den „Herrn im eigenen Hause“ spielen möchten, die sich auf Grund dieser Position jede Einmischung anderer Personen in die Regelung der Betriebsverhältnisse und der Arbeitsbedingungen verhalten wollen. Wer diese verschiedenen Unternehmerstimmen hört, meint, daß sich nur die Arbeiter organisieren und damit der armen und Schwachen bedürftigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung Ruhe und Streit bringen. Aber nicht bloß die Arbeiter, auch die Unternehmer, die Staatsbeamten, die Journalisten organisieren sich, die den Arbeitern den Vorwurf machen, daß sie sich vereinigen. Auch das Glied der herrschenden Massen hat aufgehört, als Individuum seine Interessen zu vertreten, er tut es als Mitglied einer Gesamtheit, er macht im reichlichen Maße Gebrauch von dem, was er den Arbeitern zum Vorwurfe macht. Alle haben sich organisiert, unsere Epoche kennzeichnet sich durch die Verbreitung der Organisation, durch das Streben, an Stelle des Individuums die Gemeinschaft treten zu lassen. Die Richter, die Staatsbeamten und Staatsdiener aller Kategorien, die Unternehmer in allen Industrien, die Fabrikbeamten und Ingenieure, die Wertmeister haben sich seit langem organisiert. Die Landwirte, die Großgrundbesitzer wie die Bauern haben mannigfache Organisationen geschaffen. Die Schriftsteller, die Lehrer der Volksschulen, der Mittelschulen, der Universitäten, die Schauspieler, die Künstler haben sich organisiert, von der Wehrmacht abgesehen, ist heute alles organisiert, was einem Verufe nachgeht, und daneben noch viele andere, selbst bezugslos.

Wir leben im Zeitalter der Organisationen, jeder ist verloren, jeder ist das Opfer größerer Macht, der nicht organisiert ist. Selbst die Reichsten und Mächtigsten besitzen heute ihre Organisationen. Der Kohlengrubenbesitzer, der Maschinenfabrikant, der Textilindustrielle, der Pantier, der Schiffseeder, der Großhändler und der Großgrundbesitzer sind organisiert, ja sie gehören in der Regel mehreren Organisationen gleichzeitig an.

Die Fabrikanten, die größten Pächter der Arbeiterorganisationen, die den Arbeitern die Ueberflüssigkeit, ja Schädlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gerne Harmachen möchten, sind organisiert als Bezücker von Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Hilfsstoffen, als Verkäufer von Waren, als Vertreter ihrer Interessen den Versicherungsgesellschaften gegenüber, als Wähler ihrer Prozentinteressen, sie sind Mitglieder mannigfacher Schutzvereinigungen, um durch sie jedes Interesse, das für sie in Betracht kommen kann, berücksichtigen zu lassen. Und außerdem gehören sie noch den Arbeitgeberorganisationen an, die keinem anderen Zwecke dienen, als die Interessen der Unternehmer den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber zu vertreten. Diese Arbeitgeberverbände bestehen oft für einzelne Orte, Provinzen, ganze Länder und als internationale Vereinigungen; all diesen verschiedenen Arten von Unternehmerorganisationen, oft Unternehmerorganisationen für verschiedene Berufsgruppen, und außerdem noch allgemeinen Unternehmerorganisationen gehören viele Fabrikanten an, die sich aber den Anschein geben, als ob es unmöglich, überflüssig, verschwenderisch sei, wenn die Arbeiter ihre Interessen in gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten suchen.

Nicht nur die privaten Unternehmer haben aus den mannigfachen Veranlassungen enge Beziehungen miteinander, Interessenverbindungen und gemeinsamen Ausdruck ihres Willens, auch die städtischen Verwaltungen sind keine alleinlebenden Körper, sie handeln nicht unbeeinflusst voneinander, sie wissen ganz genau, daß sie sich gegenseitig beeinflussen und daß sie stärker sind und Erfahrungen aller ausnützen können, daß ihre Autorität nach oben und nach unten wächst, wenn sie sich vereinigen. Das sehen wir in dem allgemeinen deutschen Städtetag, das merken wir an den vielen Kongressen und Konferenzen, die die Städte gemeinsam abhalten, das erkennen wir an gemeinsamen Veröffentlichungen, wie zum Beispiel an dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte, dessen Herausgabe eine Konferenz der Städtestatistiker regelmäßig voraussetzt. In den Verwaltungsberichten, in Einzelveröffentlichungen deutscher Stadtverwaltungen sehen wir ununterbrochen die Beziehungen auf die Leistungen in anderen Städten, wir erfahren da, daß man sich aus allen möglichen Anlässen bei anderen Städten erkundigt, so daß vieles, was als selbständiger Reichthum erscheint, kollektive Abmachung verschiedener Stadtverwaltungen ist. Dann sind die Zweckverbände der Städte geschaffen worden, die sie zusammenführen zu gemeinsamen Aktionen. Aus allen möglichen Anlässen, es müssen nicht immer Kongresse sein, kommen die Häupter der städtischen Verwaltungen oder wichtiger Ressorts zusammen, um zugleich Richtlinien festzulegen für kommendes Handeln oder doch, um zum Austausch der Erfahrungen als Verkäufer gemeinsamer Aktionen zu gelangen. So sehen wir die großmächtigen Stadtverwaltungen, die über hunderte und tausende Arbeiter schicksalsbestimmend walten, zu gemeinsamem Willen gelangen! Und da rät man den Arbeitern, vereinzelt zu bleiben! Da erklärt man ihnen, daß die Organisation für sie nicht notwendig ist! Soll wirklich der einzelne Arbeiter gegenübertreten dem gewaltigen Unternehmer, der sich mit anderen großen Städten

zu einer höheren Einheit vereinigt? Je tiefer wir eindringen in die Zusammenhänge des Unternehmertums, auch der kommunalen Verwaltungen, desto klarer muß es für jeden einzelnen Arbeiter sein, daß er nur in der Organisation seine Interessen vertreten kann, daß nur sie ihm helfen, daß bloß sie ihn heben kann, daß sie die Voraussetzung des Aufstiegs seiner Klasse sein kann.

Und doch kommt man noch immer einigen Arbeiterkategorien mit Gründen gegen die Organisation, so den Arbeitern des Staates und der Städte.

Die Städte, sagt man, hätten doch das lebhafteste Interesse, daß es ihren Arbeitern möglichst gut gehe, sie sorgen doch in mancherlei Hinsicht für das Wohlbefinden der Arbeiter, es gäbe Stiftungen, die man zugunsten der städtischen Arbeiter verwalten könnte, die Stadt wisse schon, was sich schade und wozu sie verpflichtet sei, man solle sie doch nicht drängen, man solle nicht zu unpassender Zeit Forderungen aufstellen; wenn man etwas zugunsten der städtischen Arbeiter tun könne, würde es doch sicher geschehen, man solle Vertrauen haben in die städtischen Verwaltungen, die immer mehr bemüht seien, väterlich zu sorgen für ihre Angestellten. So reden Bürgermeister und Magistratsbeamte, Stadträte und Stadtverordnete, so redet aber heute kein Arbeiter mehr! Die Arbeiter in den städtischen Verwaltungen sind sich längst klar geworden, daß sie das, was sie bisher erreicht haben, was ihre gegenwärtigen Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeit und Arbeitslohn, die Behandlung der Arbeiter in den Betrieben, von denen früherer Zeit unterscheidet, und glücklicherweise sehr vorteilhaft in jeder Hinsicht unterscheidet, ausschließlich zu danken ist der kräftigen und selbständigen, in jeder Hinsicht unabhängigen und leblich die Arbeiterinteressen während der Organisation der Arbeiter. Aus den Lehren der Vergangenheit ziehen die Arbeiter der städtischen Betriebe, hoffentlich auch bald die der staatlichen Betriebe, die Lehre, daß das viele, was noch gebessert werden muß in unseren Betrieben, das mannigfache, was angepaßt werden muß den steigenden Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der ununterbrochenen Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter, im wesentlichen nur erzielt werden kann durch eine energische und kluge, richtig abwägende, den geeigneten Augenblick wählende Aktion der Organisation. Aber diese Organisation vermag nur dann Nutzen und Bedeutung, Erfolg versprechende Wirksamkeit und ununterbrochene Beachtung durch die maßgebenden Behörden zu schaffen, wenn die Organisation immer näher kommt der höchsten und bedeutungsvollsten Voraussetzung ihres Erfolges, der Zusammenfassung aller Arbeiter innerhalb der städtischen Verwaltung in einer großen, umfassenden, vom Solidaritätsgedanken getragenen, einen einheitlichen Willen zum Ausdruck bringenden Organisation.

Denen, die uns sagen, die städtischen Arbeiter haben am wenigsten Veranlassung, sich zu organisieren, denen antworten wir: alles organisiert sich heute, und nicht zuletzt auch die städtischen Verwaltungen, ihre mannigfachen Organe, ihre einzelnen Glieder. Deshalb wäre es verfehlt, wenn gerade die Arbeiter, die schwächsten und widerstandsunfähigsten Glieder der Gesellschaft, abziehen wollten, sich zu organisieren. Mehr als alle anderen Menschen bedürfen die Arbeiter, auch die städtischen Arbeiter der Organisation.

Alles organisiert sich. Das ist das wichtigste Kennzeichen unserer Gegenwart, das ist die charakteristische Erscheinung der Entwicklung, die unsere Volkswirtschaft und unser soziales Leben in allen Schichten der Bevölkerung durchdringt.

Nirgends mehr als im sozialen Kampfe gilt das Wort: „Von dem Gegner sollst du lernen.“ Organisiert sich der Unternehmer, um gemeinsam mit seinen Berufsgenossen seine wirtschaftlichen Interessen in jeder Hinsicht zu vertreten, insbesondere um einen möglichst geringen Preis für die Ware Arbeitskraft zu bezahlen, um nicht im mindesten seine Herrschaft in den Betrieben zu schwächen, so hat der Arbeiter weit mehr Anlaß, nicht als Schwacher, Hilfloser, nicht ohne jeden Rückhalt, ohne jede Sicherung gegen die Not des morgigen Tages seine Interessen zu vertreten, er muß sich organisieren, er muß den geschlossenen Willen seiner wirtschaftlichen Gegner den gemeinsamen Willen seiner Klassengenossen entgegensetzen, die unter den gleichen Verhältnissen wie er ausbeutet werden und leiden.

Längst hat das Wort seine Gültigkeit verloren, das Schillers Tell sagt: „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Der Unternehmer und die Stadtverwaltung prahlen nur noch, daß sie Herren im eigenen Hause seien, sie können auch nur bestimmen in ihren Betrieben nach den Anordnungen der Kartelleitung, nach den Befehlen

des Arbeitgeberverbandes. Auch die Stadtverwaltung repräsentiert nur den Teil eines größeren Ganzen, ihr Wille ist oft nur ein Teilwille, weil sie häufig auch nur das Glied einer größeren Gemeinschaft wird. So zeigt die Stadtverwaltung den Arbeitern, daß sie ihre Interessen nur vertreten können als Gemeinschaft, so lehrt sie jedem Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation. Wo sich alles organisiert, müssen es die Arbeiter vor allem tun. Sie sind die Schwächsten, die Widerstandsunfähigsten, sie sind allen Mächtigkeiten des Besitzlosen und des Abhängigen ausgesetzt, sie können deshalb nur ihre Interessen vertreten, ihren Willen durchsetzen, wenn sie aufhören, zerstreute und vereinzelte Individuen zu sein, wenn sie die Pflichten der Organisation auf sich nehmen und dann durch die Organisation zur Durchsetzung ihres Willens gelangen. In der Periode allgemeinen Strebens nach Organisation müssen die Arbeiter vor allem sich und ihre Klassengenossen organisieren. Alle Vorteile, die sich die Arbeiterklasse zu sichern gewohnt hat, all der Widerstand, den die Arbeiter den Verelendungstendenzen des Kapitalismus entgegengesetzt haben, verdanken sie der Organisation. Deshalb nannte schon Marx die Mitglieder englischer Trade-Unions, der englischen Gewerkschaften, die Preisfester der Arbeiterklasse.

Die Forderungen der Gasarbeiter in Bayreuth.

Am 24. April d. J. unterbreiteten die Retortenarbeiter des hiesigen Gaswerks den beiden städtischen Kollegien folgende Forderungen:

1. Einführung des Dreischichtensystems (8stündige Arbeitszeit). 2. Regelung des Urlaubs in Form der Verabschiedung der Wartezeit von 5 auf 1 Jahr, das heißt nach 1 Dienstjahr 3 Tage, steigend jedes Jahr um einen weiteren Tag bis zur Sechsjährigkeit von 2 Wochen. 3. Arbeiter, welche nach lang- bzw. mehrjähriger Dienstzeit invalid werden, nicht mehr aus städtischen Diensten zu entlassen, es sei denn, daß deren Pensionierung erfolge. —

Die Eingabe wurde am 30. Mai im Magistratskollegium behandelt. Die Direktion des Gaswerks hat sich, wie nicht anders zu erwarten, in ablehnendem Sinne geäußert, daß von gleich großen Städten nur Erlangen und Würzburg das Dreischichtensystem eingeführt haben. Die Einführung würde 6000 Mk. jährlich mehr kosten; das Gesuch sei nicht zur Annahme zu empfehlen. Der Magistrat lehnte das Dreischichtensystem ab und stellte den dritten Wunsch bis zur Einführung der Versorgungskasse zurück. Nur zu der Urlaubsforderung beschloß der Magistrat, nach dreijähriger Dienstzeit 3 Tage, nach fünfjähriger Dienstzeit 5 Tage und nach zehnjähriger Dienstzeit 1 Woche Urlaub zu gewähren. In einer Sitzung des Gemeindefolkiums vom 16. Juni wurde von unserer Fraktion beantragt, die ganze Angelegenheit der Gaswerkskommission zu überweisen, damit auch die Arbeiter gehört werden können. Es ginge nicht an, die Angelegenheit so ohne weiteres abzuweisen, da anerkannt wird, daß die Gasarbeiter tatsächlich eine außerordentlich schwere Arbeit zu leisten haben. G.-A. Hugel weist darauf hin, daß wohl niemand auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter Ueberschüsse erzielen wolle. Bei einem jährlichen Ueberschuß von 100 000 Mk. könnten 6000 Mk. keine Rolle spielen, wenn es sich um die Gesundheit der Arbeiter dreht. Der Antrag wurde sodann einstimmig angenommen. In einer darauffolgenden Magistratsitzung bemerkte Oberbürgermeister Dr. Gasselmann, daß die Kommission mit den Betriebsverhältnissen der Gasfabrik nichts zu tun hat, vielmehr nur über die baulichen Angelegenheiten zu befinden hat. Trotzdem schlage er vor, in diesem Falle die Kommission einzuberufen. Den Wunsch, zu dieser Kommission einen städtischen Arbeiter der Gasfabrik hinzuzuziehen, müsse er mit aller Entschiedenheit ablehnen, dagegen sei er bereit, in seinem Amtszimmer einen Arbeiter im Beisein des M.-R. Krüd und G.-A. Schlent sowie des Gaswerksdirektors zu hören; das Resultat soll dann der Kommission unterbreitet werden. Der Magistrat hat demgemäß beschlossen. —

Am 19. Juli fand nun eine Besprechung unter Leitung des Oberbürgermeisters mit obengenannten Herren sowie des Gasarbeiters J. Schilling statt. Es sollte dies sozusagen ein Vermittlungsversuch sein. Punkt 2 und 3 galten für erledigt, dem stimmte auch der Arbeiter Schilling zu, da die übrigen Kollegen sich nicht weiter darüber ausgesprochen haben. Bei Punkt 1 wurde von Oberbürgermeister Dr. Gasselmann der Vorschlag gemacht, das Zweischichtensystem wie bisher zu belassen und im Winter, wo des Nachts bis zu 80 Retorten zu besetzen sind, und zwar von 3 Feuerleuten und 1 Maschinenisten, einen fünften Mann beizugeben. Der Arbeiter Schilling gette hier als Bevollmächtigter im Namen seiner Arbeitskollegen und konnte diesem Vorschlage

zustimmen. Schilling erklärte jedoch, diesem Vorschlag nicht zustimmen zu können, da weder er noch seine Kollegen damit einverstanden seien, denn hierdurch würde das Arbeitsverhältnis nicht verbessert, sondern nur verschleiert werden. Unter anderem wurde auch von einigen Herren die gute Bezahlung der Gasarbeiter hervorgehoben, daß diese an erster Stelle ständen anderen Städten gegenüber und dergleichen mehr. — Am 20. Juli nahmen nun die Gasarbeiter in einer Betriebsversammlung unter Vorsitz des Gauleiters Pehold und des G.-B. Fikenscher Stellung zu der Angelegenheit. — Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß eine Kommission aus 4 Kollegen und dem Kollegen Pehold am nächsten Tage beim Herrn Oberbürgermeister vorstellig werden sollten, um die Wünsche der Arbeiter nochmals zu besprechen. Außerdem wurde beschlossen, wenn auch dieser Versuch scheitern sollte, unserer Eingabe Nachdruck zu verleihen. Am 21. Juli wurde nun die Kommission vorstellig. Kollege Pehold schilderte die Verhältnisse des Vaprentfer Gaswerks und wies auf verschiedene andere Städte hin, wo der Achtstundentag eingeführt ist und weitergehende Fürsorge für die Arbeiter von Seiten der Stadt getroffen ist als in Bayreuth. Kollege Pehold unterbreitete dann im Auftrage der Arbeiter dem Herrn Oberbürgermeister folgende Vermittlungsvorschläge betreffend Ziffer 1 der Eingabe vom 24. April 1911. Da die Einführung des Dreischichtensystems für das volle Jahr die Zustimmung der städtischen Kollegien nicht gefunden hat, gestatten sich die Arbeiter den verehrlichen Kollegen folgenden einstimmig von den Arbeitern angenommenen Vorschlag zu machen:

„Einführung des Dreischichtensystems für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April. Beim Dreischichtensystem arbeitet jede Schicht 8 Stunden. Wird in einer Schicht zu 8 Stunden ein achtmaliges Laden erforderlich, so ist der Schicht noch ein Mann zuzuteilen. — Für die Monate April bis inkl. September wird eine Reservebesicht eingeführt. Bei diesem System bleibt die Tagesteilung in 2 Schichten bestehen. Es arbeitet abwechselnd je eine Schicht eine Woche nachts und eine Woche am Tage im Feuerhaus und eine Woche auf Hofarbeit. Der Lohn bei der Hofarbeit bleibt derselbe wie im Feuerhaus. — Eventualantrag: Die Reservebesicht wird für das ganze Jahr zur Einführung gebracht. Der Lohn bleibt bei Hofarbeit derselbe wie im Feuerhaus. Bei Einführung dieses Systems wird nach dem achtenmaligen Laden der Schicht ein Mann zugeteilt. Beim resp. mit dem zehntenmaligen Laden wird ein weiterer Mann zugeteilt.“

Am 23. Juli hat nun die Gaskommission getagt und einstimmig den Eventualantrag angenommen, daß es bei einer einstufigen Arbeitszeit bleibt, jedoch nach dem Verfahren wie in Schwabach, daß alle 3 Wochen die Feuerarbeiter 8 Tage als Hofarbeiter bei gleicher Bezahlung beschäftigt werden. Ebenso kann die Direktion bei größeren Arbeitsleistungen eine weitere Hilfskraft begeben. Auch bleiben die früheren Gratifikationen bestehen. Doch war einstimmig die Meinung in der Kommission vorhanden, daß das Wohlwollen der Stadt gegenüber den Gasarbeitern anerkannt werden muß und daß die Bezahlung keine schlechte sei.

Die Denkschrift der Kölner Stadtverwaltung.

III.

(Schluß.)

Zum Schluß berührt die Denkschrift die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und kommt da zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß die Beobachtung gemacht worden sei, daß die Verkürzung der Arbeitszeit vielfach eine Erhöhung der Ueberstundenzahl im Gefolge habe, zu der die Arbeiter, weil sie Erhöhung des Einkommens mit sich bringen, schweigen, eine Illustration dazu, daß die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf hygienische und ethische Gründe gestützt werde. Wegen dieser Unterstellungen ist zunächst ins Feld zu führen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die am ehesten das Ueberstundenumwesen bekämpft hat, täglich Beweise liefert, daß die Arbeiter dazu nicht schweigen, wenn durch Ueberstunden ihre Arbeitskraft ins Ungemessene ausgenutzt und ausgebeutet wird. Im weiteren sollte sich aber gerade unsere Stadtverwaltung hüten, derartige Vorwürfe zu erheben, legt sie doch jedem Arbeiter in den „Allgemeinen Bestimmungen“ die Verpflichtung auf, Ueberarbeit zu leisten. Der § 13 Absatz 3 lautet:

Der Arbeiter ist jedoch verpflichtet, bei außerordentlichem oder dringlichem Bedürfnisse auch über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus sowie auch zu außerordentlichen Zeiten zu arbeiten.

Was wird also dem Arbeiter gefehlt, der sich etwa dieser Verpflichtung entziehen und die Ueberstunden vermeiden würde? Da würde stugs § 11 der „Allgemeinen Bestimmungen“ angewendet, und der lautet:

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen können je nach ihrer Schwere mit Verwarnung, Verweis, strengem Verweis, Geldstrafe oder sofortiger Entlassung bestraft werden usw.

Hierzu ist ein Kommentar überflüssig. Im besonderen sei aber auch noch darauf verwiesen, daß in verschiedenen Betrieben systematisch Ueberarbeit verlangt wird. Für uns gilt heute noch, was wir bei Einreichung der Forderungen in unserer Denkschrift ausgeführt haben:

... Wir haben nicht unbeachtet den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit an erste Stelle gesetzt. Die Erregenschaften auf diesem Gebiete können den Arbeitern durch keine gesetzgeberischen Maßnahmen illusorisch gemacht werden, ein Umstand, dessen sich außer dem Arbeiter auch jeder Sozialpolitiker freut. Wer weiß, ob nicht bald wieder durch Änderungen in unserer Wirtschafts- und Steuergesetzgebung das übrige Hausen genannt wird, was sich die Arbeiter nach langwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern an Lohnerhöhung errungen haben. Wie wir schon zeigten, liegt es mit den Fortschritten auf dem Gebiete der Arbeitszeit anders. Hier können die Arbeiter kulturell wirklich gewinnen, weshalb wir auch dem Antrage auf Verkürzung der Arbeitszeit von neunehalb auf neun Stunden täglich so große Bedeutung beimessen, nicht minder der Einführung der achtstündigen Wechselbesicht in den kontinuierlichen Betrieben. Durch die zu erwartende Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter dürfte der Kostenaufwand zur Durchführung unserer Vorschläge keineswegs allzuhoch sein, jedenfalls würde er in keinem Verhältnis zu dem angestrebten Fortschritt stehen. Die Einführung der von uns beantragten Arbeitszeit würde weit über Kölns Mauern hinaus als hervorragende sozialpolitische Tat gelten. ...

Wir wollen diese Ausführungen nochmals besonders unterstreichen und die Erwartung aussprechen, daß die Stadtverwaltung sich dessen bewußt wird, wie kulturell sie zu wirken imstande ist, wenn sie diese Forderung bewilligt.

Im Anschluß an die Besprechung der Denkschrift sei nunmehr noch mitgeteilt, daß diese in einer Sitzung der sozialpolitischen Deputation einer Subkommission überwiesen wurde. Die Subkommission soll am 1. September zusammentreten und die Beratungen aufnehmen. An den städtischen Arbeitern wird es aber liegen, durch machtvolle Ausbreitung ihrer Organisation den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

In einer imposanten Versammlung unserer Kölner Kollegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 13. August im großen Saale des Volkshauses tagende „Allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter Kölns“ nimmt Kenntnis von der Denkschrift der Stadtverwaltung. Die Versammlung bedauert die unsoziale und teilweise reaktionäre Tendenz aufs tiefste. Wenn die Verteuerung des Lebensunterhalts als Folge der „verbesserten Lebenshaltung“ dargestellt wird, so beweist die Stadtverwaltung, daß sie kein Interesse für die Hebung der Kulturstufe der städtischen Arbeiter zeigt. Ganz entschieden zurückgewiesen wird der Versuch, die Arbeiterfrauen in der Verallgemeinerung, wie dies die Denkschrift versucht, für die Verteuerung der Lebenshaltung verantwortlich zu machen, indem ihnen „Mangel an hauswirtschaftlichen Eigenschaften“ zugeschrieben wird. Dieses Urteil stützt sich auf Angaben aus solchen Kreisen, die nicht in der Lage sind, objektive Beobachtungen zu machen. Ferner ist es nur dem geringsten Teil der Arbeiterfrauen möglich, vor Gründung des eigenen Haushalts sich praktische Erfahrungen auf diesen Gebieten zu sammeln.“

Die Denkschrift gibt in bezug auf die Fleischpreise zum Beispiel selbst zu: „daß die Perioden hohen Preisstandes in den letzten Jahren außerordentlich häufig und andauernd waren...“ und weiter: „... Dennoch haben die meisten Fleischarten während der beiden Jahre (1909/10) eine fast ununterbrochene Steigerung erfahren...“ Das trifft in vollem Umfange für die meisten wichtigen Lebensmittel zu, besonders aber auch auf die Wohnungsmieten. Es ist daher nur ein Spiel mit Worten, wenn dann immer wieder behauptet wird, eine dauernde Verteuerung der Lebenshaltung sei nicht eingetreten.

Wenn in bezug auf die Löhne, die in der Privatindustrie bezahlt werden, gesagt wird, „daß die städtischen Löhne recht wohl einen Vergleich mit denen der Tarifgewerbe aushalten...“, trifft das in dem unterlegten Sinne nicht zu, wie ein Vergleich mit den geltenden Tarifverträgen zeigt. Die angezogenen Löhne der städtischen Maler, Klempner und Installateure, die in der Tabelle veröffentlicht werden, decken sich nicht mit dem zurzeit geltenden Lohnsatz, sie sind, von einem Einzelfall abgesehen, durchaus niedriger. Die Aufrechnung der Versorgungsgehälter auf den Lohn zeigt nicht von einer hohen Auffassung in sozialpolitischen Dingen. Diese Vergünstigungen müssen durch langjährige Dienstzeit mit zum Teil sehr niedrigen Lohnsätzen erst erworben werden und kommen auch nur einem geringen Teil der Arbeiter zugute. Die Unterstellung, daß wir uns der Forderungen unserer Forderungen nicht bewußt seien, weisen wir entschieden zurück. Die Arbeiterchaft hat unter ausdrücklicher

Anerkennung der bisherigen Leistungen und unter Würdigung aller in Frage kommenden Verhältnisse ihre Forderungen gestellt. Aus diesen Gründen wurden auch die Uebergangsbestimmungen vorge schlagen, die nur ein langsames Hineinwachsen in die neuen Verhältnisse bedingen.

Die Stellungnahme der Denkschrift zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit muß entschieden verurteilt werden, da die darin aufgestellte Behauptung jeder Grundlage entbehrt und ohnedies die Stadtverwaltung den Arbeitern strenge Verpflichtungen in bezug auf Leistung von Ueberstunden auferlegt. Endlich sei noch bemerkt, daß nach dem Urteil hervorragender Volkswirtschaftler und nach den überaus vielen praktischen Erfahrungen eine Verminderung der täglichen Arbeitszeit in keinem Falle die Leistungsfähigkeit und damit die Wirtschaftlichkeit der betreffenden Industrie herabgemindert oder gar in Frage gestellt hätte.

Die heute hier Versammelten bringen erneut zum Ausdruck, daß sie nach wie vor an ihren Forderungen festhalten in der ehrlichen Ueberzeugung, den Bogen nicht überspannt zu haben. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die sozialpolitische Deputation und das Stadtverordnetenkollegium die Eingaben einer vorurteilslosen Prüfung unterziehen wird und eine alsbaldige Regelung anstreben. Die Versammelten verpflichten sich, mit allem Nachdruck für den Ausbau ihrer Organisationen einzutreten, um sich auf diese Weise mehr Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu verschaffen. Die Leitung des Verbandes wird beauftragt, die Öffentlichkeit und die besonders interessierten Kreise in geeigneter Weise in Kenntnis von unserer Stellungnahme zu setzen.

Rückschritt in der Charlottenburger Arbeiterpolitik

war das Thema einer Massenversammlung, die am 30. August den großen Saal und die Galerien des Volkshauses bis auf den letzten Platz füllte. Es mochten wohl 1000 städtische Arbeiter sein, die in drangvoller Enge und trotz der großen Hitze gekommen waren, um demonstrativ den Rückschritt und die Rückschuldigkeit Charlottenburgs zu dokumentieren. Die Ortsverwaltung hatte zur Versammlung den Magistrat und die Stadtverordneten eingeladen. Der Magistrat plänzte durch Abwesenheit. Von den Stadtverordneten war die sozialdemokratische Fraktion fast vollständig, die bürgerlichen Stadtverordneten durch den Vorsteher Kaufmann und Stadtverordneten Wölmer vertreten. Eine Anzahl bürgerlicher Herren hatte sich schriftlich entschuldigt. Der größeren Zahl der Herren aber scheint die Lage der städtischen Arbeiter Sekula zu sein. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen äußerst interessanten Vortrag des Stadtverordneten Genossen Hirsch über „Die Gemeinden als Arbeitgeber“. Auf die Verhältnisse in Charlottenburg eingehend, beleuchtete er besonders die Haltung der bürgerlichen

Mehrheit, die trotz der günstigen finanziellen Lage der Stadt nur durch das Drängen der sozialdemokratischen Vertreter dazu getrieben wird, hier und da etwas für die städtischen Arbeiter zu tun. Hierauf referierte Kollege P o l e n s k e über das Thema des Abends. Er führte aus, es sei nichts Geringes, die positive Behauptung des sozialen Rückschritts aufzustellen gegenüber einer Stadtverwaltung wie Charlottenburg, dieser reichen und im Geruche weitgehender Sozialpolitik stehenden Stadt, die selbst ein großes Gewicht auf ihre sozialpolitische Führerschaft legt. Ein Beweis für die Wichtigkeit dieser Behauptung sei aber schon der so außerordentlich starke Versuch der Versammlung. Die Zerrissenheit in den Arbeitsbedingungen zeitigte schon längst bei den Arbeitern den Wunsch nach genereller Regelung. Schon im Jahre 1906 wurden durch die Arbeiter Anträge auf Erlass einer allgemeinen Arbeitsordnung gestellt unter gleichzeitiger Einreichung eines Entwurfs. Trotz wiederholter Mahnungen der Arbeiterschaft reagierte der Magistrat hierauf nicht. Endlich, im Spätherbst 1910, also nach 4 Jahren, erschien eine Vorlage des Magistrats. Wer da aber meint, „was lange währt, wird gut“, der täuscht sich gewaltig. Die Vorlage berücksichtigte die Wünsche der Arbeiter in keiner Weise. Als bei der Beratung im Arbeiterausschuß ein Kollege auf die Unzulänglichkeit der Bestimmungen hinwies, wurde ihm der Bescheid, daß die Ordnung die Arbeit eines Juristen sei. Das kann man aufs Wort glauben. Der Arbeiterschaft aber wäre es sicher angenehmer gewesen, wenn kein Jurist, sondern ein Sozialist die Ordnung geschaffen hätte. Selbstverständlich stellten die Arbeiter eine Reihe von Verbesserungsanträgen, aber ohne Erfolg. Die Verwaltung nahm die Anträge entgegen, und im übrigen blieb die Vorlage der Stadt unverändert. Die Arbeiter erhalten keinerlei Rechte, alle Dinge, Lohn, Aufzügen in höhere Lohnklassen, Urlaub, Verzäumnisse, Strafen usw., sind in das Belieben der Vorgesetzten gestellt. Besonders unsozial wirkt u. a. die ausdrückliche Feststellung, daß Arbeiter während einer Krankheit entlassen werden können und damit natürlich aller Rechte, auch auf den Krankenzuschuß, verlustig gehen.

Tatsächlich ist zu verzeichnen, daß Arbeiter nach Schwächerer Krankheit entlassen werden. So wurden in der Gasanstalt II der Arbeiter Relentlich nach 9jähriger und der Maurer Naase nach 13jähriger Dienstzeit auf das Pflaster gesetzt. Die Ständigkeit, jenes Mittel sozialer Verwaltungen, die sozialen Einrichtungen den Arbeitern vorzuenthalten, wird durch die neue A. C. besonders untergraben. Sie wird zu einem Damoklesdäwrt in den Händen der Vorgesetzten. Auch hier wurden die Anträge der Arbeiterausschüsse, die eine Milderung der Bestimmungen wollten, abgelehnt. Im Gegenteil. Mit aller Strenge werden jetzt die Bestimmungen gehandhabt. In allen Betrieben, wo bisher bei Gewährung von Lohnzulagen und Sommerurlaub nicht strikte nach den Bestimmungen verfahren wurde, wird dies jetzt anders. Ganz ungeheuerlich

Wie die Wohlhabenden urteilen.

Von I. Pinus.

Wir haben Ueberstunden machen müssen.

An den Wasserhydranten hingen die Wasserschlänge. Jeder von uns dirigierte den dem Strahlrohr herausstreichenden Wasserstrahl über weichen Rasen, blühende Sträucher und herrlich duftende Blumenbeete. Das kühle Raß erfrischte die durstige Flora, auch verbreitete es eine angenehme Kühle. In den schattigen, peinlich gepflegten Alleen des Bürgerparks promenierte plaudernd die vornehme Welt oder saß auf den Bänken, sich von der Hitze und Plage des Tages erholend.

Die Frauen an dem kunstvollen Springbrunnen beäugten mit schrecklichen Grimassen die neuesten Modeschöpfungen der Frauenwelt. Halbe Vermögen trugen einige der vornehmen Frauen auf ihrem nicht immer schön gestalteten Körper. Knisternde Seide, goldenes Geschmeide, funkelndes Edelgestein rauschte und leuchtete in überreicher Fülle.

Die Venus, auch Diana in ihrer nackten, bezwingenden Schönheit lächelten still über das Heute, das pervers Moderne. Sie lächelten traumverloren, an Zeiten und Menschen denkend, wo Urwüchsigkeit und natürlicher Sinn herrschte und harmonische, ungeschminkte Schönheit als Höchstes galt.

Auf der den Park begrenzenden Fahrstraße stampften müden Schrittes, mit Brottasche und Kaffeetanne, stumm, die Arbeiter ihrem Heim zu.

Ab und zu verlor sich so ein Prolet in der Promenade, um aber eilig in den nächsten Seitenweg einzubiegen, dadurch dem weiteren Spiehrutenlaufen vorbeugend. Wertwürdig, daß selbst die ollen Röter dieser Wohlhabenden den staubigen, nach Schweiß riechen-

den Proleten schon von ferne witterten. Mit grimmem Knurren, wütendem Gebell verteidigten sie das Privileg ihrer vornehmen Gebieter. Geheimrats schwarzer Pudel mit der seidenden blauen Halschleife trieb es am ärgsten, wenn so ein Prolet die mit Patschullparfüm geschwängerte Luft ein wenig verbesserte. . . .

Wir wechselten einen Hydranten nach dem andern. Und immer von neuem entströmte zischend ein langer Wasserstrahl dem metallenen Mundstück, um in einem Sprühregen von Milliarden Wassertropfen niederzufallen, die matten Blumen und Gräser labend, damit diese gesund und frisch das Auge der im Ueberfluß schwelgenden Menschen erfreuen. Wir traten bei unserer Arbeit so Schritt für Schritt weiter, standen bisweilen eine ganze halbe Stunde auf ein und demselben Fleck und so den ganzen Tag. Von sechs Uhr morgens hielten wir das Strahlrohr und sprengten — und sprengten. Die Beine waren uns ganz steif. Von Zeit zu Zeit bogen wir uns nach vorn, dann nach links und dann nach rechts, um das lahm gewordene Hüftglat wieder geschmeidig zu machen. Am Tage war die Hitze selbst im Schatten unerträglich gewesen, sie hatte uns müde, schlapp gemacht.

Es war schon abends 8 Uhr, als der Herr Kontrolleur zu uns sagte: „Heute wird bis neune gesprengt.“ Unser Magen knurrte hörbar bei der Mitteilung, als kündige er eine Revolution an. Wir mußten tun, was uns geheißen wurde, wenn auch der Magen rebellierte. Wir mußten — nein — ja — wir mußten, mußten sprengen, so lange uns befohlen, wollten wir nicht unsere Arbeitsstelle, unser Brot verlieren.

Wir mußten also sprengen und erhielten dafür die Stunde zweiundvierzigundeineinhalb Pfennig. Ja, so war es abgemacht, als wir die Arbeit antraten, zweiundvierzigundeineinhalb Pfennig für eine ganze Stunde Arbeit. — Unser Arbeitgeber, die G e m e i n d e, rechnete sehr gut, sehr genau, sogar mit halben Pfennigen.

und bar jeglichen sozialen Empfindens ist die Entziehung des bisher gewährten Urlaubs der nichtständigen Arbeiter. Leuten, die bis 10 Jahre in Diensten der Stadt stehen, ist plötzlich der Urlaub genommen worden, anderen auf die Dauer ihrer Ständigkeit reduziert worden. Nach einer Umfrage, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, ist allein im Betriebe der Gasanstalt 56 Arbeitern der Urlaub gänzlich entzogen und in diesen Betrieben und in der Straßencleaning 107 Arbeitern der Urlaub um 3 Tage, 10 Arbeitern um 4 Tage gekürzt worden. Und dabei bringt die Gasanstalt bei einem Rehr von 608 400 Mk. allein 2 223 100 Mk. Ueberfluß.

In der Parkverwaltung sind den Gärtnern und Arbeitern die bisher gelieferten Anzüge entzogen worden. Beispiellos in Groß-Berlin sind die Mindestlöhne in einigen Betrieben. So zahlt zum Beispiel die Straßencleaning noch Löhne von 3,60 Mk., die Parkverwaltung und Desinfektion 4,00 Mk. pro Tag. Die Löhne im Krankenhaus stehen hinter allen Groß-Berliner Krankenhäusern. Während in Charlottenburg 38 bis 50 Mk. Monatslohn für Wärter gezahlt werden, zahlt Berlin 40 bis 80 Mk., Nirdorf 40 bis 60 Mk., Neimkendorf 45 bis 65 Mk. Dabei ist das Koalitionsrecht durchaus nicht gesichert. Im Krankenhaus wurde am Versammlungstage des Personals dem Personal der Kochküche der Urlaub verweigert, in der Sanalisation verzieht man es vortrefflich, durch sanften Druck das Personal vor der Organisation zu bewahren. In der Straßencleaning ist die Furcht vor Nachteilen so groß, daß die Arbeiter sogar den Versammlungsbesuch scheuen. Ein Brief eines alten Arbeiters mit 20jähriger Dienstzeit, den der Referent verlas, zeigt Zustände bei Beschäftigung von Molonnenführerinnen, die nahe an Skorpionen grenzen. Der Arbeiterausschuß in diesem Betriebe, der von Mitgliedern eines gelben Vereins besetzt ist, ist unfähig etwas zu tun, auch mangelt es ihm an guten Willen. Seit Oktober vergangenen Jahres hat dort keine Sitzung stattgefunden. Bezeichnend für diesen Arbeiterausschuß ist, daß er sich feinerzeit gegen die Lieferung von Schuhzeug für die Straßencleaner ausgesprochen hat. Dabei herrscht gerade in der Straßencleaning eine Antreiberei und ein Straßentem ohnegleichen.

Gegenüber diesen Zuständen gibt es nur ein Mittel, und das ist die Selbsthilfe durch die Organisation. — In der Diskussion nahm als erster der Herr Stadtverordnetenvorsteher das Wort. Nicht, um auf die Materie einzugehen, sondern nur, um den Genossen Hirsch darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokraten ja nicht die Mehrheit hätten, und daß alles, was in Charlottenburg für die Arbeiter geschehe, den kürgerlichen Stadtverordneten zu verdanken sei. Am übrigen könne man nur schrittweise vorwärts gehen. Galtten die Versammelten geglaubt, der Herr Stadtverordnetenvorsteher würde in etwas auf ihre Beschwerden eingehen, so wurden sie bitter

enttäuscht. Nicht einmal das übliche Wohlwollen, das zu nichts verpflichtet, kam zum Ausdruck. Nachdem verließ der Herr Vorsteher den Saal, ohne die weitere Diskussion abzuwarten. An derselben beteiligten sich Kollegen aller Betriebe, die die Ausführungen des Referenten noch ergänzten. Im Schlußwort ging Genosse Hirsch noch einmal mit der liberalen Rathausmehrheit scharf ins Gericht. Er wies nach, daß ohne die Anregungen der Sozialdemokratie und ohne das Drängen der Organisation die Dinge in Charlottenburg noch bedeutend schlechter sein würden. Er schloß mit der Mahnung an die städtischen Arbeiter, sich um das Vorne der Organisation zu scharen. Einstimmig gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die am 30. August 1911 im großen Saale des Volkshauses versammelten Arbeiter und Handwerker aller städtischen Betriebe bedauern sehr, daß bei Einführung der neuen Arbeitsordnung ihre Wünsche in fast allen Punkten unberücksichtigt geblieben sind. Die neue Arbeitsordnung entspricht in keiner Hinsicht den Mindestforderungen, die die Arbeiterschaft an eine generelle Regelung des Arbeitsverhältnisses stellen muß.

Ganz entschieden protestieren die Versammelten gegen die Entziehung und teilweise Verkürzung des Sommerurlaubes in einem großen Teile der städtischen Betriebe. Die Versammelten erklären diese Maßnahme für eine Ungerechtheit und eine ganz erhebliche Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen.

In der Erwägung, daß diese Verschlechterungen ein Ausfluß des in Charlottenburg bestehenden Ständigkeitsystems sind, erklären sich die Versammelten ganz entschieden gegen dieses System, da es einen erheblichen Teil der städtischen Arbeiter zu Arbeitern zweiter Klasse macht.

Weiterhin sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß in einer Anzahl städtischer Betriebe noch völlig unzulängliche Löhne gezahlt werden. Tageslöhne von 3,60 Mk. für Vollarbeiter müssen bei den jetzigen teuren Zeiten als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Die Versammlung beauftragt die Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der städtischen Betriebe, in gemeinsamer Aktion diese Dinge zu beraten und entsprechende Anträge an die städtische Verwaltung zu stellen.

In der Erkenntnis aber, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie eine Abwehr von Verschlechterungen nur möglich ist, wenn die Arbeiterschaft geschlossen gewerkschaftlich organisiert ist, verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für Ausbau und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation einzutreten.

Wir knüpfen an diese machtvolle Demonstration unserer Charlottenburger Kollegen den Wunsch, daß der Geist der Versammlung kein Strohfeuer sein möge, sondern daß der 30. August ein Wendepunkt zum Besseren in der gewerkschaftlichen Bewegung der Charlottenburger städtischen Arbeiter sein möge.

Nachdem wir uns mit dem Muß ausgeföhnt, rechnete jeder, wie hoch der Wochenlohn diesmal werden kann, wenn die nächsten Tage auch noch Ueberstunden bringen. Der eine dachte an seine Mietschulden vom Winter, zu denen ihn die lange Arbeitslosigkeit verholten, der andere sah sich im Geiste schon in einem neuen Rock umhertausen und nachdenklich betrachtete er seine zerrissenen Schuhe. Der dritte führte seine Gedanken in einem Möbelabzählungsgeschäft spazieren und stritt mit sich selbst, welches Stück Möbel er am notwendigsten brauche. Der vierte rechnete die Summe zusammen, die er diesmal für den Winter erübrigen müsse, um das häßlich grinsende Gespenst der Not nicht sehen zu müssen. Seine kranke Frau, die nach Brot schreienden kleinen Mäuler, wie haben sie ihn gepieinit, fast zur Verzweiflung getrieben, als er nichts hatte, nichts geben konnte. Der Hunger — der Hunger, diese Geißel des Arbeiters.

Die Zukunftsgedanken beschäftigten uns so, daß wir die Müdigkeit weniger spürten und es vergaßen, daß wir bis um neun Uhr, dann ganze fünfzehn Stunden arbeiteten, und jeder von uns noch fest eine Stunde bis nach Hause hatte. Noch weniger dachten wir daran, daß uns nur ganze sieben Stunden zur Erhaltung übrigblieben, und von den siebzehn Stunden, die wir der Arbeit opferten nur dreizehn mit je zweiundvierzigundeinhalb Pfennig bezahlt erhielten.

Unser Kamerad am letzten Hydranten lehnte das Strahlrohr an einen Zweig und ließ das Wasser in die Büchse schießen. Er ging dann an seinen Rucksack und entnahm denselben eine halbgelüllte Brantweinflasche. Er schritt bald wieder zur Brantweinflasche. Auch der zweite Schluß hatte nicht lange vorgehalten, denn ihm folgte bald der dritte, bis die Flasche den letzten Tropfen hergegeben hatte. Immer nur für einen Augenblick durchzogte ein Feuer die müden Glieder, war verschucht die lähmende Müdigkeit, dann aber lagerte sie sich bleischwer sogar bis auf die Augenlider.

Die Hände zitterten ihm, die Kniee schlotterten. Erst kalt wie Eis, dann siedend heiß rieselte es über seinen Rücken und kalte Schweißperlen glänzten auf der Stirne und in den Schläfen hämmerte es. Vor den Augen stimmern lauter kleine blaue, rote, grüne Punkte, immer mehr und mehr und der Wasserstrahl braust jetzt in seinen Ohren wie die Wellen des brausenden Meeres, eines brausenden Ungeheuers, das ihn mit seinem dunklen, schwarzen Rachen zu verschlingen droht. . . .

Unser kränklicher Kamerad lag plötzlich bewußlos am Boden. Das Strahlrohr war seiner Hand entglitten. Der Wasserstrahl wühlte zischend in dem Kies des Weges wie ein wütender Wasserdrachen.

Von der nächsten Bank liefen die Neugierigen hinzu. „Der Unfallstation melden.“ sagte jemand. Der schwarze Fudel mit der leidenen Schleife zwangte sich durch die den Ohnmächtigen umstehenden Neugierigen, beschnupperte den armen Menschen und bellte und bellte wütend. „Der Mann hat gewiß die Krämpfe bekommen.“

„Der wird betrunken sein, ich habe gesehen, wie der Mann fortwährend die Flasche in der Hand hatte.“ sagte die Geheimrätin mit dünner Füstelstimme.

„Komm her mein Bijou.“ Eine zarte, gepflegte Hand streichelte liebevoll den schwarzen Köter. Und der Fudel bellte, bellte verständnisvoll.

Wir treten zu unserem Kameraden, sprengen Wasser in sein kreidbleiches, abgezehrt Gesicht. Nach einer Weile schauen seine müden, grauen Augen ins Leere. „Wo bin ich denn bloß?“

Von der nahen Rettungswache kam ein Krankenwagen herangerollt. Ein älterer Herr mit disinguiertem Auftreten und knarrender Stimme fragte den den Krankenwagen begleitenden Schutzmänn nach der mutmaßlichen Ursache des Unfalls.

Neue Krankenkassenzersplitterung.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ veröffentlicht in Nr. 33 einen Aufruf des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“, den er der sorgsamsten Beachtung aller Arbeitgeber dringlichst empfiehlt. Der Aufruf lautet:

„Gründet Betriebskrankenkassen!“

Die Reichsversicherungsordnung gibt verschiedenartige Bestimmungen für die Errichtung neuer und für die Zulassung bestehender Betriebskrankenkassen. Neue Betriebskrankenkassen können nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150, in landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtbetrieben mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Ferner darf durch die Errichtung der Betriebskrankenkasse der Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährdet werden. Bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, solche in landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtbetrieben mindestens 50 Mitglieder haben. Die Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden, kommt hierbei nicht in Betracht. Wie diese Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen (§§ 245 und 255 der Reichsversicherungsordnung) ohne weiteres ergibt, empfiehlt es sich für alle diejenigen Betriebe, die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen wird, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen ist. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Gefährdung abhängig ist. Es steht noch dahin, wie der Begriff der Gefährdung festzustellen ist. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die in mehreren, räumlich getrennten Betriebsstätten einer Firma beschäftigten Personen in eine Betriebskrankenkasse zusammengefaßt werden können. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

Der „Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen“ beschreitet hiermit einen Weg, der zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung führt. Er will durch die schnelle Gründung von Betriebskrankenkassen unter der Geltung des alten Krankenversicherungsgesetzes den durch die neue Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos machen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich ist und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden darf. Aber auch die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit im weitesten Sinne muß gegen dieses frivole Unternehmen überführter Betriebskrankenkassengründungen aufgerufen werden, denn

es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Eile, die geboten ist, um die Kasse noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu „errichten“, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt werden kann. Die Arbeiter solcher Betriebe, deren Unternehmer in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Betriebskrankenkasse errichten wollen, haben alle Schritte zu tun, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern.

Nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes müssen bei Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse die beschäftigten Personen oder die von denselben gewählten Vertreter angehört werden. Die Arbeiter, beziehungsweise deren Vertreter haben hierbei Gelegenheit, ihre Gegenstände gegen die beabsichtigte Kassenerichtung geltend zu machen, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung zu verneinen und nachzuweisen, daß durch letztere ihre Interessen geschädigt werden. Sie haben von ihren Einwänden zugleich der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Das Statut der Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Diese kann die Genehmigung verweigern, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt (also irgend welche gesetzlichen Vorschriften nicht berücksichtigt oder die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht ausreichend sichergestellt), oder wenn die Bestimmung über Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Kasse in Widerspruch steht. Selbstverständlich muß die Errichtung der Kasse selbst ordnungsgemäß erfolgt sein. Die zuständige Ortskrankenkasse kann ebenfalls durch Einwendungen, insbesondere gegenüber etwaigen Mängeln des Statuts, an die höhere Verwaltungsbehörde auf eine gründliche, nicht allzu übereilte Prüfung der Voraussetzungen für derartige Gründungen hinwirken. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller dieser berechtigten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen der Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die behördliche Genehmigung erhalten können. Sollte aber auch hier der Einfluß der Arbeitgeber mächtiger sein, als der Wille des Gesetzgebers, dann bleibt den Arbeitern solcher Betriebe nur noch übrig, alle gewerkschaftlichen Machtmittel zur Anwendung zu bringen, um sich gegen das Aufzwingen einer Betriebskrankenkasse zu wehren. Eine solche Abwehr im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Instanzen rechtfertigt sich um so mehr, als das Vorgehen der Arbeitgeber, die der Parole der Zentrale der Betriebskrankenkassen folgen, die flagranteste Verletzung der Gleichberechtigung der Arbeiter enthält. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter solcher Betriebe, für die die Errichtung einer Betriebskrankenkasse geplant ist, mit dem Tage, da ihnen diese Absicht zur Kenntnis gelangt, auch ihre gewerkschaftlichen Instanzen darüber unterrichten.

„Der hat bloß zu viel gefoffen, er stinkt ja mächtig nach Schnaps.“
 „Aeh, äh, meinen Sie?“
 „So was erleben wir alle Tage, man hat mit die Soffköpfe bloß noch Scherereien.“
 „Ich habe es gleich gesagt, der Mann wird betrunken sein.“
 Der Pudel sprang bellend hinter dem davonsahenden Krankenwagen.
 Wir rollten die Sprengschläuche zusammen; da kam der distinguierte, feine Herr zu uns und fragte, was wir verdienen.
 „Die Stunde zweiundvierzigundeineinhalb Pfennig.“
 „So, so, da verdienen Sie ja viel Geld, viel Geld, davon können Sie ein nettes Sümmchen sparen.“
 „Es bleibt nicht viel übrig, wenn die Woche um ist; es reicht kaum.“
 „Ja — na — hm, ja, Sie müssen man auch nicht alles verbrinken.“
 „Das tun wir nicht, was wir“ . . .

Der Pudel mit dem seidenen Halsband kam gesprungen und der feine Herr hatte nun seine ganze Aufmerksamkeit nur für ihn und für die dahertommende Geheimrätin.

Wir hörten dann noch die Worte: „Die Leute verbrinken eben alles in Brantwein.“

Unser immer schweigender Kamerad Petermann bemerkte, als wir allein waren: „Der wird schon sorgen, daß wir auch in diesem Jahre keine Zulage bekommen.“

„Der Wegner, der arme Kerl, dem muß es grade passieren, hungrig und den ollen Soff, dat is dat Vertehrteste.“

„Wenn die feine Blase ene Fresserei gibt, kost es so vilte, daß unferens mit der Familie das ganze Jahr von leben könnte und wir sollen von unseren zweiundvierzigundeineinhalb Pfennig noch sparen.“

Petermann laute auf seinem Priem und spie ihn dann ergrimmt in einem weiten Bogen aus.

Schweigend, müden Schrittes, die Wasserschläuche tragend oder fahrend, zogen wir vorbei an den Palästen der Vornehmen, zu einem dichten Gebüsch, in dem ganz versteckt unsere Arbeitsbude stand. Das Auge der in den Palästen Wohnenden sollte durch den Anblick der primitiven Bretterbude, in der wir unsere Mahlzeiten einnahmen, nicht beleidigt werden, deshalb war sie mit dichtem Gebüsch umkleidet.

Welche Rücksicht auf die Wohlhabenden!

Unser armer Kamerad aber erhielt wegen Trunkenheit seine Entlassung.

Als wir diese Kunde vernahmen, schauten wir uns lange und schweigend an.

Wir dachten an den feinen Herrn, die Geheimrätin und ihren schwarzen Pudel mit der seidenen Schleiße, an die zweiundvierzigundeineinhalb Pfennig Stundenlohn und heller Zorn leuchtete aus unseren Augen.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Statistik mit als eine Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ansieht. Wenn durch die Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt werden soll, muß zunächst feststehen, wie diese Verhältnisse eigentlich sind, auch muß von Zeit zu Zeit festgestellt werden, in welchem Umfang das Streben der Organisation von Erfolg begleitet gewesen ist. Nur die Statistik zeigt uns, wie verschieden sich die Verhältnisse in den einzelnen Orten gestalten, wie sehr oft die gleiche Arbeit recht verschieden bezahlt wird und die Arbeitszeit sehr ungleich ist. Erst die Statistik zeigt den Kollegen in einzelnen Gegenden, daß sie zurückgeblieben sind, erst aus den Vergleichen erfahren viele Arbeiter, wie schlecht es ihnen geht.

Die dritte Konferenz der deutschen Gasarbeiter.

II. (Schluß.)

Am zweiten Verhandlungstage wurde zunächst die Debatte über die **Einwirkung des technischen Fortschritts in der Gasproduktion auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse** fortgesetzt.

Buchh-Verlin: Die technischen Fortschritte in der Gasbereitungsindustrie sind den Arbeitern nur in verschwindend geringem Maße zum Vorteil gereicht. Man braucht nur einen Blick in den Verwaltungsbericht der Berliner Gaswerke zu werfen, um zu erkennen, wie erheblich auf der einen Seite durch die technischen Fortschritte an Arbeitskräften gespart, auf der anderen Seite die Gasproduktion dadurch erhöht ist. Wenn es so weiter geht, und immer mehr Arbeiter gespart werden, dann wird die grandiose technische Entwicklung lediglich zu einer höheren kapitalistischen Ausbeutung der Betriebe ausarten, und die Arbeiter hätten das Nachsehen. Trotz der erhöhten Rentabilität der städtischen Gaswerke Berlins und trotz der steigenden Ueberschüsse sind doch die Arbeitslöhne pro Einheit bedeutend heruntergegangen. Zu denken gibt auch die außerordentlich hohe Unfallziffer, die beweist, daß es mit der Unfallgefahr in den modernen Gaswerken außerordentlich schlecht bestellt ist. Das gleiche gilt für die Krankheitsgefahr. Darüber kann man sich allerdings nicht wundern, wenn man weiß, daß man feinerzeit in Berlin bei der Umwandlung der Zwölfstundenschicht in die Achtstundenschicht rund heraus erklärt hat, — und das ist charakteristisch für die kapitalistische Art und Weise, wie diese Betriebe geleitet werden — mehr Kosten dürfen daraus nicht entstehen. Ihr habt dieselbe Leistung zu vollziehen wie bisher in 12 Stunden. (Hörtl hört!) Daß daran getreulich festgehalten ist, davon wissen die Kollegen in den Gaswerken ein Lied zu singen, geschenkt wird ihnen nichts. Es liegt auf der Hand, daß da von einem Schutz der Arbeiter gegen Unfallgefahr keine Rede sein kann, die Arbeiter profitieren von den technischen Fortschritten so gut wie nichts, der Nutzen, der für sie dabei herauspringt, ist so minimaler Natur, daß nicht viel Wesens davon gemacht werden kann. (Sehr richtig!) Eher ist das Gegenteil der Fall. Diesen Krebschaden werden wir nicht anders beseitigen können, als indem wir mit Hilfe unserer Organisation das erkämpfen, was man uns nicht gibt. (Sehr richtig!) Immer und immer wieder muß den Stadtgemeinden in die Ohren gerufen werden: Wenn Ihr nicht auch den Arbeitern den Anteil an den Ertragsüberschüssen gebt, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß das Wort „Streik“, wenn es Euch auch noch so sehr auf die Nerven fällt, ausgesprochen wird, und nicht nur ausgesprochen, sondern daß auch mal zu diesem letzten Mittel gegriffen wird. Man will uns ja jetzt mit Hilfe der Reichsregierung dies Mittel aus den Händen schlagen, man will den Beleuchtungsarbeitern in öffentlichen Betrieben das Streikrecht nehmen. Das müssen wir zu verhindern suchen; wir müssen mit aller Macht dagegen ankämpfen, daß uns das einzige Mittel, das zur Beseitigung dieser niederträchtigen Verhältnisse führen kann, durch Gesetz eingeschränkt oder gar genommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Reiser-Wagdeburg: Bei Einführung der Fernversorgung sollten wir uns so rasch wie möglich bemühen, für die langbeschäftigten Laternenanzünder eine andere Tätigkeit zu erreichen. In Wagdeburg sind die Arbeiter zu 90 Proz. in dem Gaswerk organisiert, aber sie werden durch die Alterszulagen so im Schach gehalten, daß sie für einen Streik nicht zu haben sind.

Winder-Köln: Auf die Laternenanzünder müssen wir besondere Rücksicht nehmen, denn es handelt sich hier meist um ältere Leute, deren Nebenverdienst auch nicht so groß ist, daß sie nach ihrer Entlassung als Laternenanzünder nicht in Not und Elend kämen. In Köln will man ja mit der Einführung der Fernzündung allmählich vorgehen, man hat in der Stadtverordnetenversammlung gesagt, daß man das tut, um Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden. Aber ich glaube, daß das nicht das ausschlaggebende Motiv war, sondern daß man erst Versuche antstellen will. Ich bitte in Absatz 4 der Resolution hinter „überzählige Gasarbeiter“ einzufügen: „insbesondere auch die Laternenwärter“.

Schmidt-München: Es ist richtig, daß die technischen Fortschritte den Arbeitern keinen Nutzen, sondern Schaden gebracht haben, während die Ueberschüsse den Gesellschaften beschieden sind. Tatsächlich werden die Arbeiter infolge der intensiveren Arbeit vielfach in der Mühle ihrer Jahre dahingerafft.

Wesolowski-Königsberg bestätigt gleichfalls auf Grund seiner Erfahrungen, daß durch die technischen Fortschritte die Zahl der Unfälle nicht abgenommen habe und betont im übrigen die Notwendigkeit einer Stärkung der Organisation, um Verschlechterungen abzuwehren.

Raja-Düsseldorf: In Düsseldorf stehen wir zurzeit in einer Lohnbewegung. Wir haben bei der Einführung des Achtstundentages eine Lohnerhöhung, auch Sommerferien, Ventilation und verschiedene andere Verbesserungen erhalten, aber seitdem ist keine Lohnerhöhung erfolgt. Als wir vorstellig wurden, sagte man uns: wenn ihr nicht mehr wollt, kommt der Stinnes und liefert das Gas, dann müßt ihr sehen, wo ihr anderwärts Beschäftigung findet. Also verlangt nicht zu viel, dann könnt ihr noch recht lange bei uns arbeiten. Mit solchen Argumenten dürfen wir uns nicht abspesen lassen. Galtten wir fest zusammen und bauen wir die Organisation weiter aus, dann werden wir auch Verschlechterungen bei technischen Fortschritten abwehren können.

Marx-Erfurt: Als das Erfurter Gaswerk in städtische Regie überging, traten für die Kollegen Verschlechterungen ein. Der Arbeiterausschuß wurde mit einem Federstrich beseitigt; man führte für die Gasarbeiter statt der wöchentlichen die vierzehntägige Lohnzahlung ein. Seit 1907 hatten wir keinerlei Lohnzulage erhalten. Wir haben daher in diesem Jahre eine Eingabe gemacht, aber man hat sich nicht einmal bemüht gefühlt, unsere Petition den Stadtverordneten vorzulegen. Erst zwei Parteigenossen, die wir jetzt in die Stadtverordnetenversammlung hineinbekommen hatten, mußten den Bürgermeister an seine Amtspflicht erinnern. Man stellt jetzt immer mehr Beamte ein, und die Arbeiterschaft wird reduziert. Charakteristisch ist, daß die Stadtverwaltung Erfurt sich herausnimmt, bei den Elektrizitätsarbeitern einen Mevers unterschreiben zu lassen, daß sie keiner Organisation angehören.

Waghorn-Kiel: In Kiel ist die Arbeitsleistung jetzt sehr zurückgegangen, weil noch eine ganze Anzahl von Streikbrechern im Betrieb sind, für die die alten Kollegen, die nach dem Streik wieder eingestellt wurden, die Arbeit mitmachen mußten. Es ist bei uns vorgekommen, daß eine ganze Schicht bei der Arbeit umgefallen ist.

Winterheimer-Mainz: Als im Jahre 1901 in Mainz ein neues Gaswerk mit einem ganz neuen System errichtet wurde, beantragten die Arbeiter, daß sie mit den Kollegen im alten Gaswerk in bezug auf Arbeitszeit gleichgestellt sein wollten. Aber die Verwaltung antwortete, daß ja nur deshalb ein neues Gaswerk mit einem neuen System gebaut sei, um die Arbeit nicht reduzieren zu brauchen. Trotzdem haben die Kollegen sich durch fortgesetztes Drängen den Achtstundentag in dem neuen Gaswerk gesichert. In der Wassergasanstalt dagegen haben wir noch die zwölfstündige Arbeitszeit. In bezug auf die Löhne stehen wir noch hinter anderen großen und Mittelstädten zurück.

Risinger-Breslau schildert die außerordentlich schweren Arbeitsverhältnisse in Breslau, namentlich in dem neuen Gaswerk, wo bei 60 und 70 Grad Hitze bei geschlossenen Retorten gearbeitet werden muß. Wie schlecht es um die Gesundheitsverhältnisse der Gasarbeiter bestellt ist, geht am besten daraus hervor, daß in Breslau 5 Proz. Krankengeld bezahlt wird und daß die Kasse trotzdem mit einem Defizit abschneide.

Busacker-Berlin: Auch den Außenarbeitern müssen wir die notwendige Beachtung schenken. In Berlin ist infolge der Ausdehnung des Betriebes nicht nur kein Rückgang an Arbeitern zu verzeichnen, sondern es müssen noch mehr eingestellt werden, und wenn die Arbeiter in den Innenbetrieben mit ihren Löhnen nicht vorwärts kommen, dann können natürlich auch die der Außenbetriebe nicht vorwärts kommen. Bei den enormen Ueberschüssen der Gaswerke müßten ganz andere Löhne gezahlt werden. Bei Lohnbewegungen ist es natürlich nötig, alle Arbeiter zusammenzufassen und vor allem auch die Außenbetriebsarbeiter zu berücksichtigen. Wenn man auch versuchen sollte, uns das Streikrecht zu nehmen, so werden die Arbeiter, wenn sie die Macht dazu haben, dem schon entgegenzutreten. Alle Arbeiter, sowohl die gelehrten wie die ungelehrten, die Außenarbeiter und die Innenarbeiter, haben ein Interesse, gemeinsam vorzugehen.

Vorst-Leipzig: In Leipzig hat die Verkürzung der Arbeitszeit einen enormen Rückgang der Krankheitsziffer zur Folge ge-

habt. Das ist ein Beweis dafür, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auch unser Gesundheitszustand gefördert wird. Wir müssen deshalb zu unserem eigenen Wohle und zum Wohle unserer Familie den Achtstundentag zu erreichen suchen.

Vocht-Lübeck: Vor allem wird es nötig sein, und die Streikbrecher vom Hals zu halten. Durch die Fortschritte der Technik werden ja Streiks erfolgreicher durchgeführt werden können als früher.

Strunk-Wagdeburg: Es genügt nicht, daß die 24stündige Wechselsschicht nach und nach abgeschafft und dafür der Achtstundentag eingeführt wird, sondern wir sollten auch versuchen, durch Gesetz eine ähnliche Bestimmung für die Gasarbeiter herbeizuführen, wie sie die Vergaserknolle für die Vergarbeiter gebracht hat. Dort ist bestimmt, daß die Arbeitszeit bei 29 Grad Celsius bis auf 6 Stunden herabgesetzt werden kann. Unsere nächste Aufgabe wird darin bestehen müssen, auch die Arbeiter der privaten Gasgesellschaft für den Verband zu gewinnen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten **Seemann** wird über die Resolution abgestimmt.

Die Einfügung der Worte „fast allgemein“ im ersten Satz und „insbesondere die Vatermörder“ im letzten Satz wird beschlossen, — ebenso die Streichung der Worte „soweit dies irgendwie möglich ist“. Mit diesen Abänderungen wird die Resolution einstimmig angenommen.

Runmehr wird zunächst das Referat über Punkt 5 der Tagesordnung:

Berufskrankheiten

entgegengenommen.

Referent **Dr. Panauer - Frankfurt a. M.** schildert eingehend die verschiedenen Arten von Berufskrankheiten, unter denen die Gasarbeiter zu leiden haben. Durchaus verwerflich sind vom hygienischen Standpunkt die Schichten von 18 bis 24 Stunden, die noch vielfach üblich sind. Auch die Gewerbeinspektoren geben ohne weiteres zu, daß die lange Arbeitszeit die Gesundheitsverhältnisse der Gasarbeiter verschlechtert. Wenn also die Organisation dazu übergeht, die Arbeitszeit zu verkürzen, so handelt sie auch im Interesse der Gesundheit. (Sehr richtig!) Auch die Unfälle im Gasarbeiterberuf sind häufiger als bei anderen Arbeitern. Neben solchen Unfällen, wie sie in allen Betrieben vorkommen, sind als spezielle Betriebsunfälle der Gasarbeiter zu nennen Unfälle durch Verbrennungen, Verbrihungen, Explosionen. Es fragt sich nun, in welcher Weise die Krankheiten und Betriebsunfälle nach Möglichkeit verhütet werden können. Da ist es zunächst notwendig, daß die gesundheitlichen Einrichtungen in den Gasanstalten so beschaffen sind, wie die moderne Fabrikhygiene es verlangt. In den modernen neuen Fabriken sind die Gesundheitsverhältnisse ja auch durchaus besser als in den alten kleinen Fabriken. Ramentlich muß die Aufmerksamkeit auf eine gute Ventilation gerichtet werden. Als Retortenhäuser sind hohe Gebäude mit Turmabzug zu verlangen. Es muß verhindert werden, daß die Arbeiter der Zugluft ausgesetzt sind und vor allem, daß ihre Beschäftigung eine wechselnde ist, daß sie einmal an heißen Öfen und dann wieder in der Kälte zu arbeiten haben. In der Nähe der Retorten müssen zugfreie Plätze sein, in denen eine mäßige Temperatur herrscht. Zur Lösung des Durstes sollen kalter Tee, Kaffee und alkoholfreie Getränke zur Verfügung gestellt werden. Das geschieht ja schon vielfach; allerdings hat man in mehreren Gasanstalten schlechte Erfahrungen gemacht, weil die alkoholfreien Getränke erst wenig zum Genuß einladen. Die Schädigungen durch Staub, Gas usw. zu beseitigen, wird kaum gänzlich möglich sein, denn wo gehobelt wird, da fallen Späne, und auch in den besten Gasanstalten werden derartige unangenehme Erscheinungen auftreten. Aber sie sollen nach Kräften eingedämmt werden. Daß das möglich ist, beweisen die Fortschritte in der Technik. Durch die säragigen Öfen werden gesundheitliche Vorteile erlangt, die Arbeit wird erleichtert, durch geeignete Entladungs- und Ladevorrichtungen wird der Rauch und die Hitze vermindert und das Gasausströmen verhindert. Auch die Gewerbeinspektoren wenden ja den technischen Fortschritten ihre Aufmerksamkeit zu, und den Gemeinden ist auf Grund des § 16 der Gewerbeordnung die Möglichkeit gegeben, Betriebe, die den Anforderungen nicht entsprechen, nicht zu konzeptionieren. Zur Vermeidung der Gasvergiftungen ist auch die Sorgfalt der Arbeiter selbst nötig, eine erhebliche Anzahl von Unfällen wird durch die Sorglosigkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter verschuldet, die Arbeiter gewöhnen sich mit der Zeit an die Gefahr, und es genügt dann unter Umständen schon ein ganz kleines Verlehen, um ein großes Unheil herbeizuführen. Wenn ein Arbeiter einen Vergiftungsunfall erlitten

hat, muß natürlich alles geschehen, um das Gift zu eliminieren. Hier ist das wichtigste die Einleitung der künstlichen Atmung; in jedem Betrieb müssen Personen vorhanden sein, die in der ersten Hilfeleistung ausgebildet sind, und ebenso müssen sich die Sauerstoffapparate in gutem Zustande befinden. Auch zur Vermeidung der Explosionen müssen Sicherheitsvorrichtungen getroffen werden. Was die Propylage der Schädigungen durch eine zu lange Arbeitszeit anbetrifft, so sind bereits vor 15 Jahren seitens der preussischen Gewerbeinspektoren auf Veranlassung des Reichsamts des Innern eingehende Untersuchungen über den sanitären Arbeitstag veranstaltet worden, und es sind auch die Gasanstalten zu den Betrieben gerechnet worden, in denen der Achtstundentag notwendig ist. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß die Arbeiter nach Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ihre freie Zeit benutzt haben, um ihren Garten zu bearbeiten. Die Sonntagsarbeit ist an sich unhygienisch, ebenso die Nacharbeit, leider aber gehören die Gasbetriebe zu denjenigen, in denen die Arbeit nicht unterbrochen werden kann. Vom hygienischen Standpunkt aus zu begrüßen ist die Gewährung eines Erholungsurlaubes, es wäre aber zu wünschen, wenn dieser Urlaub nicht in das Belieben der Arbeitgeber gestellt, sondern gesetzlich festgelegt wird. Zu den Wohlfahrtsrichtungen, die in hygienischer Beziehung von Bedeutung sind, gehören vor allem die Bäder. Die Eisenarbeiter sollten täglich, die übrigen Arbeiter drei bis viermal wöchentlich ein Bad nehmen. Neben den Bäderräumen müssen Aufenthaltsräume vorhanden sein, die den sanitären Einrichtungen entsprechen. Auch muß den Arbeitern Gelegenheit zur Einnahme eines warmen Mittagessens gegeben sein. Aus der Literatur ergibt sich, daß schon manches geschehen ist, daß aber in anderen Fabriken noch viel zu wünschen übrig bleibt. Die Arbeiterorganisationen müssen mit den Ärzten, die sich für diese Fragen interessieren, zusammen arbeiten. (Bravo!)

In der Diskussion führt zunächst

Maroke - Frankfurt a. M. einen Fall an, wo ein Gasarbeiter, der 19 Jahre in einem Gaswerk beschäftigt war, plötzlich infolge einer Gasvergiftung erkrankte und bereits am nächsten Tag vollständig gelähmt war, aber trotzdem seine Rente erhalten hat. Die Berufsgenossenschaft stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich nicht um einen Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes, sondern um eine sich allmählich entwickelnde Gewerbestrahlung handle. Die Sache ist noch nicht endgültig entschieden. Jedenfalls sei es von großer Wichtigkeit, zu wissen, wie die Berufsgenossenschaften sich bei der Beurteilung der Gasvergiftungen stellen.

Seizinger - Mannheim: Auch auf Seiten der Arbeiter wird in hygienischer Hinsicht noch viel gesündigt, man schenkt den hygienischen Einrichtungen nicht immer die genügende Beachtung.

Dittmer - Berlin: Wenn der Prozentsatz an Tuberkulösen in den Gaswerken so gering ist, so liegt das daran, daß eine sehr sorgfältige Auslese bei der Anstellung der Gasarbeiter vorgenommen wird. Man kann deshalb nicht den Schluß ziehen, daß die Fähigkeit in den Gasanstalten günstig auf die Tuberkulose einwirkt. Was den Alkoholismus betrifft, so hat gerade unsere Organisation durch jahrelange Kritik in der Presse und den Versammlungen dafür gesorgt, daß den Arbeitern alkoholfreie Getränke gratis von den Stadtverwaltungen gewährt werden. Unausgesetzt sind wir dem Alkoholenuß gehörig zu Leibe gerückt. Der Vortragende hat uns die enormen Kranken- und Unfallziffern in den Gaswerken vorgeführt. Hätte man sich dazu entschließen können, den Achtstundentag früher einzuführen, hätte man schon früher die menschenmordende Wechselsschicht von 24 Stunden beseitigt, so hätten wir wohl nicht so graufige Resultate in bezug auf Krankheiten und Unfälle zu verzeichnen. Wie oft aber haben wir Streiks nur wegen dieser 24stündigen Wechselsschicht führen müssen; da hat man sich durch die Kranken- und Unfallziffern nicht beeinflussen lassen. Selbst bei dem allerneuesten Werk in Tegel könnte manches besser sein in bezug auf Belichtung, Sauberkeit usw. Die neueren Ofensysteme erzeugen auch größere Hitze, ungeheure Staubmengen und die Unfallhäufigkeit steigt noch immer. Wenn man darauf hinweist, daß es den Behörden durch den § 16 der Gewerbeordnung leicht gemacht sei, die Konzeption vorzuenthalten, wenn nicht einwandfreie Einrichtungen geschaffen sind, so vergißt man, daß dieselbe Stadtverwaltung die Gewerbebedeutung und auch das Gaswerk in der Stadt hat. Auch funktioniert bekanntlich die Gewerbeinspektion in Deutschland noch recht mangelhaft. (Sehr richtig!) Infolge der Antreiberei, die in vielen Gaswerken herrscht, werden die Arbeiter geradezu verführt, die bestehenden Vorbeugungsmaßnahmen nicht zu beachten. Wir müssen fortgesetzt dafür sorgen, daß die hygienischen Rißstände

durch unsere Kritik an die Öffentlichkeit und zur Kenntnis der Vertreter der Stadtverwaltungen gebracht werden.

Neckmann-Mannheim: Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen muß ich im Gegensatz zu den Anschauungen des Referenten erklären, daß von einer Verminderung der Hitze bei Schrägöfen keine Rede ist. Bei den Vertikalöfen ist die Arbeit geradezu eine mörderische. Es wäre mir lieb, wenn der Referent sich einmal darüber äußern würde, ob Erfahrungen über die Gesundheitschädlichkeit dieser Arbeit vorliegen.

Wesołowski-Königsberg: Es wird viel von den Wohlfahrtseinrichtungen gesprochen, und man rühmt sich unter anderem auch der schönen Gärten, die man in Königsberg den Arbeitern zur Gemütskur gegeben hat. Wie steht es in Wirklichkeit? Einzelne Arbeiter sind auf diesen Hüder hineingefallen, aber als sie soweit waren, daß sie hätten ernten können, hat man ihnen das Land fortgenommen und hat dort Kohlen abgeladen. Also in Wirklichkeit sehen die Dinge ganz anders aus.

Pechold-Nürnberg: Ich habe in den Ausführungen des Referenten Angaben darüber vermisst, wie die Heberarbeit auf den menschlichen Körper einwirkt. Leider wird in dieser Beziehung von unseren eigenen Kollegen viel geschwiegen, manche können gar nicht genug arbeiten. Wir haben Fälle zu verzeichnen, wo wir für die Kollegen kürzere Arbeitszeit durchgesetzt haben und wo sie trotzdem länger gearbeitet haben, als es notwendig war. (Hört! hört!) Die wirtschaftliche Lage spielt gewiß eine Rolle dabei, aber die hygienischen Rücksichten dürfen doch nicht ganz außer acht gelassen werden.

Sinrich-Hamburg: In dem Betrieb des Altonaer Gaswerks sind in diesem heißen Sommer 83 Proz. der Eisenarbeiter erkrankt. Trotzdem trat keine Erleichterung ein, die Arbeiter wurden, sobald sie wieder genesen waren, wieder in den Betrieb gesteckt und erkrankten von neuem.

Giehl-Hamburg weist darauf hin, daß sich besonders bei dem Installationsbetrieb und dem Beleuchtungswesen seit Einführung des Gasglühlichts das Augenlicht der Arbeiter im Betrieb sehr verschlechtert hat.

In seinem Schlußwort erläutert der Referent Dr. Sanauer zunächst den Standpunkt des Reichsversicherungsamts in der Frage des Begriffs der Betriebsunfälle. Das Reichsversicherungsamt hat in manchen Fällen, wenn auch nicht in allen, sich auf den Standpunkt von Professor Lewin gestellt, daß eine Vergiftung sich summiert aus einer Reihe einzelner Vergiftungsanfänge bei den einzelnen Einatmungen, und daß es nun darauf ankomme, unter den vielen Einzelvergiftungen eine besonders wirksame herauszugreifen. In einem Falle sei auf ein Gutachten von Dr. Leppmann in Berlin eine Unfallrente gewährt worden, weil es sich um eine Reihe von Angiftungen gehandelt habe, deren letzte den Unfall herbeigeführt hat. In der Diskussion seien eine Reihe von Gesichtspunkten geltend gemacht, wovon in der Literatur bisher nichts verlautet hat. Es sei deshalb notwendig, daß die Arbeiter selbst mehr zur Feder greifen und ihre Erfahrungen in sozialpolitischen Zeitschriften veröffentlichen. So sei z. B. in den Gewerbeinspektionsberichten und in den ärztlichen Veröffentlichungen immer davon die Rede, daß die Schrägöfen einen eminenten hygienischen Fortschritt bedeuten; um so erlauter sei er, heute zu hören, daß das nicht der Fall ist. Die Schädigungen der Gesundheit durch die überlange Arbeitszeit seien durch die Statistik, durch Tierversuche, durch Versuche an Menschen bewiesen. Sehr aus dem Herzen gesprochen sei ihm die Bemerkung, daß die Arbeiter nicht allein auf die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirken sollten, sondern auch auf die Einführung hygienischer Einrichtungen. Schließlich möchte er noch darauf aufmerksam machen, daß es zweckmäßig sei, wenn der Verband gelegentlich Enquetes über die gesundheitlichen Verhältnisse in den Gaswerken veranstalten würde.

Die Konferenz nimmt im Anschluß an das Referat folgende Resolution an:

„In der Erkenntnis, daß eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden für die Arbeiter der Gaswerke wesentlich gesundheitsfördernd wirken dürfte, beschließt die Konferenz, die Organisationsleitung zu beauftragen, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine solche allwöchentliche Ruhepause allgemein zur Durchführung zu bringen.

Des weiteren wird gefordert, daß die Gaswerkverwaltungen den Arbeitern, besonders den Neueingestellten, hinlängliche Aufklärung über die großen Vergiftungsgefahren in den Gasbetrieben geben, und die Behörden angehalten werden, der striktesten Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mehr Augenmerk zu schenken als bisher.“

Es folgt Punkt 4:

Gasfernversorgung.

Referent Heinz-Düsseldorf: In den Bergwerksbezirken, hauptsächlich in Rheinland und Westfalen, haben wir eine Entwicklung in der Gasindustrie zu verzeichnen, welche einen Teil der Gasarbeiter ganz und gar ausschaltet. Die gesamte Industrie in jenem Gebiet dreht sich um eine Hand voll Monopolisten. Diese Herren sind bestrebt, die städtischen Elektrizitätswerke zu verdrängen, ein Streben, das durch den Umstand begünstigt wird, daß diese Werke meist klein sind und teurer produzieren als die großen Aktiengesellschaften. Ähnlich wie mit der Elektrizitätsversorgung verhält es sich mit der Gasversorgung. Die Koksproduktion des Ruhrgebiets, die Roheisenproduktion machen eine ungeheure Menge Gas frei. Der Plan, die überschüssigen Gase an einer Stelle zusammenzuführen, um sie dort in einer großen Zentrale zur Erzeugung elektrischer Kraft zu verwerten, scheiterte an den technischen Schwierigkeiten. Infolgedessen tauchte der Gedanke der Gasfernversorgung auf. Eine ganze Reihe von Gemeinden im Industriebezirk haben die Gasfernversorgung eingeführt, aber greifbare Gestalt hat die Gasfernversorgung eigentlich erst mit der Versorgung der Städte Barmen und Velbert bekommen. Alle anderen Städte, die Zechengas beziehen, haben keine eigentliche Fernversorgung, weil sie mehr oder weniger direkt in den Zechen liegen. Barmen aber bezieht sein Gas von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, und diese Leitung hat die respectable Länge von 50 Kilometern. Die Versorgung der Gemeinden mit Zechengas wird nun von den Interessenten und vielfach auch von Leuten, die unseren Kreisen sehr nahe stehen, als ein großer technischer Fortschritt über das Schellendaus hinaus gelobt. Gewiß ist es richtig, daß im Ruhrbezirk täglich etwa 5 Millionen Kubikmeter Gas unbenutzt verfliegen und daß so ein Nationalvermögen von 30 Millionen Mark verloren geht. Aber durch die Gasfernversorgung kommen diese 30 Millionen nicht etwa der Gesamtheit zugute, sondern nur die Ruhrmonopolisten stecken den Gewinn in die Tasche, während die Gemeinden die Geschöpften sind und die Arbeiter direkt dadurch geschädigt werden. Natürlich darf man nicht den Standpunkt der Gasarbeiter bei der Beurteilung dieser Frage hervorheben, sondern man muß sich fragen, welchen Nutzen die Gesamtheit davon hat. Da stellt sich denn heraus, daß was die Städte auf der einen Seite für kleine Vorteile durch den Bezug von Zechengas haben, ihnen auf der anderen Seite wieder verloren geht. Dazu kommt, daß der Koks, der bisher auf den Gasanstalten erzeugt wurde, in den Städten konsumiert wird. Der Bedarf wird auch in Zukunft da sein, und die Menge, die bisher auf den Gasanstalten erzeugt wurde, wird in Zukunft von den Zechen mehr erzeugt werden müssen, denn der Bedarf ist da. Wir können also nicht sagen, daß der Gasüberschuß auf den Zechen durch die Fernleitungen verringert wird, sondern er bleibt genau derselbe. Die Zechen werden mehr Koks produzieren müssen, infolgedessen produzieren sie auch mehr Gas, und die volkswirtschaftliche Aufgabe wird durch die Gasfernversorgung nicht gelöst. Vor allem darf man nicht vergessen, daß die Städte immer abhängiger von den Zechen werden, die sie mit Elektrizität, mit Gas und auch mit Koks versorgen. Nun wird man sagen, für kleinere Gemeinden wäre die Gasfernversorgung angebracht, denn sie brauchen dann keine Gasanstalten zu bauen. Ich bin da anderer Ansicht. Einmal geben die Zechenverwaltungen nicht dazu über, solche kleinen Gemeinden allein zu versorgen, und andererseits könnten sich die Gemeinden doch zusammenschließen und dann genau so billig produzieren wie die Zechen. Auch Direktor Franke aus Dagen weist in einem Gutachten nach, daß, wenn die Stadt das Gas mit 2,8 Pf. von der Zeche bezieht, sie dabei nichts verliert und nichts gewinnt, und daß es deshalb besser sei, die Stadt erneuert ihre Gasanstalt und produziert ihr Gas selbst. Ich könnte noch eine ganze Reihe ähnlicher Urteile von Fachmännern anführen. Nur noch ein Wort zu der Frage, wie wir als Gasarbeiter uns dazu stellen. Da sage ich, wir dürfen unser eigenes Ich hier nicht hervorheben, aber in Anbetracht der Verhältnisse können wir nicht für die Gasfernversorgung eintreten. In solchen Fällen aber, wo dennoch Verträge mit den Gesellschaften geschlossen werden, müssen wir verlangen, daß unsere Kollegen zu ihren alten Rechten und ohne Lohnkürzung in andere Betriebe übernommen werden. Wenn eine Stadt, ohne einen greifbaren Nutzen davon zu haben, ihr Gaswerk stilllegt, dann soll sie auch für Arbeitslosigkeit der Gasarbeiter sorgen, dann soll sie dafür sorgen, daß die Arbeiter ohne wirtschaftlichen Nachteil in anderen Betrieben Arbeit erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Von einer Diskussion sowie von einer Abstimmung über eine Resolution nimmt die Konferenz Abstand.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet das Referat über: Organisationsfragen.

Hierzu liegt folgende Resolution zur Organisation der Gas-Arbeiter vor:

„Zur nachdrücklichen Vertretung der Interessen der deutschen Gasarbeiter hält die dritte deutsche Gasarbeiterkonferenz eine kräftige gewerkschaftliche Organisation, wie solche der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist, für eine unbedingte Notwendigkeit. Vorbedingung für ihr Vorhandensein und Wirken ist die uneingeschränkte Gewährleistung und praktische Durchführung des Koalitions- und Streikrechtes. Die Konferenz verurteilt daher alle von den Verwaltungen geübten Schmälerungen dieses Rechtes bei der praktischen Ausübung des Koalitionsrechtes. Ganz energisch protestiert die Konferenz aber gegen alle neuerlichen Versuche, den Arbeitern öffentlicher Betriebe, wie das im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch besonders durch seinen § 184 geschieht, das Koalitions- und Streikrecht zu entziehen. Deshalb müssen seitens der Gasarbeiter alle Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Entwurf der Verwirklichung näher bzw. zur Gesetzeskraft bringen können. In diesem Kampf insbesondere wie überhaupt in ihrem Wirken fühlen sich die Gasarbeiter Deutschlands einzig mit den in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Proletariern und gedanken mit ihnen gemeinsam ihre Rechte zu wahren und ihre Lage zu verbessern. Um der Organisation der Gasarbeiter noch weiteren Nachdruck für ihre Aktionen zu verleihen, fordert die dritte deutsche Gasarbeiterkonferenz alle Kollegen auf, dahin zu streben, daß die Organisation der Gasarbeiter Deutschlands noch einheitlicher werde und die vielfach noch vorhandene Zersplitterung beseitigt wird.“

Referent M o h s - Berlin: Daß die Verwaltungen uns freiwillingig nichts geben, sondern daß wir ihnen alle Verbesserungen abringen müssen, hat sich besonders drastisch in Berlin gezeigt. Duzende von Malen haben wir es erlebt, daß die Verwaltungen sich nur dem Druck fügen, und deshalb müssen wir auch heute wieder erklären, daß die Organisation unbedingt notwendig ist, wenn die Lage der Gasarbeiter besser werden soll. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel zur Verbesserung der Lage der Gasarbeiter getan, aber andererseits hat die Entwicklung der Technik und die Verteuerung der Lebensverhältnisse diesen Fortschritt wieder weit gemacht. Deshalb haben wir alle Ursache, uns mit allen Kräften dagegen zu wehren, daß man uns jetzt das Streikrecht nehmen will. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen nicht etwa Streiks um jeden Preis, aber ganz ohne Streiks können wir nicht auskommen, weil die Verwaltungen nur dann etwas geben, wenn der Streik im Hintergrunde steht. Die Arbeiter der öffentlichen Betriebe sind sich ihrer Verantwortlichkeit sehr wohl bewußt, aber manchmal geht es eben nicht ohne Arbeitseinstellung. Es fehlt auch nicht an Beispielen, wo Stadtverwaltungen das Koalitionsrecht der Arbeiter direkt mit Füßen treten. Gewiß gehen nicht alle Verbesserungen auf unser Konto, wir sind uns darüber klar, daß die Stadtvertretungen uns zu Hilfe kommen, aber wir sind uns auch darüber klar, daß wir selbst unsere Interessen kräftig vertreten müssen, und zwar in einheitlicher Organisation. Es ist ein Mangelstand, daß an so vielen Orten die Gasarbeiter in so viel verschiedenen Verbänden organisiert sind. Hier, wo ein gemeinsamer Arbeitgeber ist, ist auch eine einheitliche Bewegung der Gasarbeiter eine unbedingte Notwendigkeit, sie dürfen auf keinen Fall dezentralisiert werden, sondern sie gehören alle zusammen, ob gelernte, ob ungelernte Arbeiter. Wir haben mehrere Streiks gehabt, die wir eigentlich auf das Konto unserer „Freunde“ der Organisation setzen müssen. Es sind das Gelegenheitsarbeiter, die nichts zu riskieren haben, in die Organisation kommen und die Bewegung sofort zu „fördern“ suchen. Wir sind gewiß die letzten, die sagen, wir wollen überhaupt nicht streiken. Aber wenn eine Bewegung aussichtslos ist, hat es keinen Sinn. Und gerade die Leute aus anderen Organisationen sind es, denen es immer nicht schnell genug geht und die schiefen und treiben wollen. Da wäre es besser, wenn die anderen Organisationen ihre Mitglieder zur Ruhe ermahnten, statt sie als Meil in eine Bewegung hineinzubringen. Wir haben es ja bei den Gasarbeitern mit gegnerischen Organisationen herzlich wenig zu tun, wir haben uns da weniger mit Gegnern herumzuschlagen, als mit Leuten, die uns dienen wollen. Aber durch die Organisationszersplitterung wird die Kraft gelähmt, namentlich auch die Kraft der Arbeiteranschlüsse. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter kann dann nicht durchgeführt werden, und den Nachteil haben wir. Notwendig ist es, die Kollegen über die Bedeutung der Organisationen aufzuklären und ihnen zu zeigen, unter wie schlechten Verhältnissen sie arbeiten und wie sie zu operieren haben, um ihre

Lage zu verbessern. Natürlich kommt es auch darauf an, daß wir unsere Kraft richtig ausnützen. Wir haben uns bereits daran gewöhnt, Streiks zu führen, aber wir müssen uns dagegen wenden, wenn Kollegen, obwohl ihnen Lohnzulagen gewährt werden, doch durchaus in einen Streik eintreten wollen. Solchen Auswüchsen haben wir entgegenzutreten. Wir haben ja neben dem Wege des Streiks noch viele andere Wege: die öffentliche Kritik, die Aufklärung verschiedener Art, die Unterstützung von Stadtverordneten und dergleichen. Aber das zieht alles nicht so, als wenn die Herren wissen, es kann auch zur Arbeitniederlegung kommen. Die Verwaltungen versuchen ja, uns das Koalitionsrecht zu beeinträchtigen, man sucht uns bei den Verhandlungen ganz auszuschalten, neuerdings sucht man uns das Streikrecht überhaupt zu nehmen. Ich erinnere an den § 184 des Vorentwurfs zum Strafgesetzbuch, wo mit Gefängnis bis zu 3 Jahren usw. bedroht wird, „wer vorzüglich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn oder Post und einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt verhindert“. Wenn uns nach unseren jahrelangen Bemühungen, die kulturelle Lage der Gasarbeiter zu heben, nun mit einem Schlag das Koalitionsrecht genommen werden soll, so bleibt uns nichts übrig, als auf das energische dagegen zu protestieren. Wir müssen alles tun, um die Kollegen gegen solche Absichten auf den Plan zu rufen und sie darauf vorzubereiten, daß sie eventuell zum äußersten bereit sind. Wir haben auf der Internationalen Konferenz in Stuttgart 1907 und dann wieder in Kopenhagen 1910 ausdrücklich betont, daß die Arbeiter der öffentlichen Betriebe auf das Streikrecht nicht verzichten können. Wir werden also die Kollegen dazu erziehen müssen, daß sie sich gegen ein derartiges Ansinnen auf das energischste zur Wehr setzen. Was da getan werden kann, wird nicht unsere Aufgabe sein, sondern Aufgabe der Leitung der gesamten Arbeiterbewegung; selbstverständlich werden wir Vorschläge dazu machen. Landgerichtsrat Aulmann hat als Ersatz für das Koalitionsrecht obligatorische Schiedsgerichte vorgeschlagen. Wir haben uns noch nicht geäußert, Schiedsgerichte anzunehmen, aber als Ersatz für das Streikrecht können wir sie nicht anerkennen. Ferner will man uns längere Kündigungsfristen geben, um den Streik auszuschießen. Das ist aber kein geeignetes Mittel dazu, wenn die Arbeiter wirklich organisiert sind und nicht bloß Verträge zahlen, sondern gewillt sind, ihre Existenz für ihre Interessen einzusetzen. Die passive Resistenz käme dann auch in Frage. Übrigens wäre es manchmal vielleicht ganz gut, wenn die Kollegen Zeit hätten, sich auf eine Bewegung vorzubereiten. Vielfach stürmen sie in den Kampf hinein und es kommt nichts dabei heraus. Also all diese Vorschläge kommen nicht in Betracht. Das Streikrecht ist für uns eine unerschöpfliche Waffe. Mit Hilfe dieses Rechtes haben die Arbeiter im Laufe der Zeit ihre Klagen abgestreift, und wir müssen immer und immer wieder erklären, daß wir auf das Koalitionsrecht und auf das Streikrecht nicht verzichten können. (Lebhafte Beifall.)

Nach kurzer Debatte wird folgende Resolution angenommen:

„Zur nachdrücklichen Vertretung der Interessen der deutschen Gasarbeiter hält die dritte deutsche Gasarbeiterkonferenz eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation, wie solche der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist, für eine unbedingte Notwendigkeit. Vorbedingung für ihr Wirken ist die uneingeschränkte Gewährleistung und praktische Durchführung des Koalitions- und Streikrechtes. Die Konferenz verurteilt daher alle von den Verwaltungen geübten Schmälerungen dieses Rechtes. Ganz energisch protestiert die Konferenz aber gegen alle neuerlichen Versuche, den Arbeitern öffentlicher Betriebe das Koalitions- und Streikrecht zu entziehen, wie das im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch besonders durch den § 184 geschehen soll. Deshalb müssen seitens der Gasarbeiter alle Maßnahmen ergriffen werden, zu verhindern, diesen Entwurf zur Verwirklichung bzw. zur Gesetzeskraft zu bringen. In diesem Kampf insbesondere wie überhaupt in ihrem Wirken fühlen sich die Gasarbeiter Deutschlands einzig mit den in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Proletariern und sind entschlossen, mit ihnen gemeinsam ihre Rechte zu wahren und ihre Lage zu verbessern.“

Ein Antrag:

„Die dritte Gasarbeiterkonferenz erachtet den Verband vorstand, eine Enquete über die Gesundheitsverhältnisse der Gasarbeiter vorzunehmen“.

wird ohne Debatte dem Verhandlungsstand zur Verurteilung überwiesen. Damit sind die Geschäfte erledigt.

Vorsitzender N i e d e l schließt die Konferenz mit der Aufforderung, alles zu tun, um die Organisation der Gemeindearbeiter zu stärken.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1910.

III. (Schluß.)

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatten einen Mitgliederzuwachs von 14543 und erreichten einen Bestand von 122571. Durch den im Jahre 1911 erfolgten Austritt des Gewerkschaftsverbandes der Kaufleute mit 18585 Mitgliedern aus dem Verband der Gewerkschaften ist jedoch gegenwärtig der Mitgliederbestand herabgedrückt. Da es sich hier um den zweitgrößten Gewerkschaftsverband handelt, so wird dieser Verlust nicht leicht ausgeglichen werden können. Es ist im letzten Jahre eine Organisation, die der Eisenbahner Württembergs, mit 8000 Mitgliedern dem Verband beigetreten, so daß der tatsächliche Mitgliederzuwachs nur 6543 für die bisher zum Verbande gehörenden Gewerkschaften beträgt. Mit Ausnahme der Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Kaufleute und der Fabrikarbeiter sind die Organisationen so gering an Mitgliederzahl, daß sie ohne jede Bedeutung im Wirtschaftsleben sein müssen. Es hatten 1910 Mitglieder die Gewerkschaften der

Bauhauarbeiter 850 (+ 20), Bergarbeiter 3613 (+ 1208), Bildhauer 324 (+ 49), Brauer 1024 (+ 54), Eisenbahner (Preußen) 1687 (+ 587), Eisenbahner (Württemberg) 8000, Fabrik- und Handarbeiter 17033 (+ 1436), Gemeindefabrikarbeiter 1270 (- 74), Graphische Verufe und Maler 1245 (- 94), Holzarbeiter 5686 (- 136), Kaufleute 18585 (+ 285), Konditoren 79 (- 33), die Küfer (München) werden gleichfalls 1910 zum ersten Male geführt mit 52 Mitgliedern. Die Maschinenbau- und Metallarbeiter hatten 40584 Mitglieder (+ 2837), Reepschläger 35 (- 7), die Schiffszimmerer, für welche 1909 295 Mitglieder angegeben waren, werden 1910 nicht geführt. Aus der Statistik ist nicht ersichtlich, was aus dieser Organisation geworden ist. Die Schneider hatten 4521 Mitglieder (- 95), Schuhmacher und Lederarbeiter 5148 (+ 128), Steinarbeiter 209 (+ 9), Textilarbeiter 6991 (- 45), Töpfer 1608 (+ 83), Wäger 54 (- 3), die Zigarren- und Tabakarbeiter haben nicht berichtet, 1909 betrug deren Mitgliederzahl 2050. Die Frauen und Mädchen hatten 672 Mitglieder (- 11), nicht berichtet haben 16 Ortsvereine für 1251 Mitglieder.

Die Leitung der Gewerkschaften sucht nun wiederum die Schwäche der Organisation dadurch zu verdecken, daß sie die Einnahmen künstlich erhöht durch Hinzurechnung der Einnahmen und Ausgaben von Krankenkassen, die vollständig selbständig sind. Die Hinzurechnung des Reichsstatistischen Amtes, daß eine solche Verrechnung unzulässig ist, sowie auch unsere Darlegungen in den Vorjahren, vermochten keinen Einfluß auf den Zentralrat auszuüben. Wir haben im Vorjahre nachgewiesen, daß unter den Krankenkassen auch solche sind, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, und daß in den Ausgaben Arzthonorare und Stur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten enthalten sind. Trotzdem beharrt der Zentralrat bei seiner wissenschaftlich irreführenden Rechenmethode. Außenstehende kann er damit nicht täuschen. Will er die eigenen Mitglieder irreführen, so ist es deren Sache, ob sie ein solches Mandat gutheißen wollen. Es könnte ihnen diese Täuschung einmal teuer zu stehen kommen, wenn sie, in den Kampf gedrängt, glauben, daß die Bestände der Krankenkassen ihnen zur Verfügung stehen, während sie keinerlei Anrecht darauf haben und weder für Arbeitslosenunterstützung noch für Streikzwecke daraus etwas verwenden dürfen. Diese Gefahr dürfte nach dem bisherigen Wirken und nach der Zusammenziehung der Gewerkschaften kaum eintreten und deswegen kann sich der Zentralrat diese Täuschung seiner Mitglieder erlauben.

Die christlichen Gewerkschaften klagen in ihrem Jahresbericht für 1910 darüber, daß sie von allen Seiten angegriffen werden, Feinde nationaler und internationaler Art haben, und beschuldigen auch eine Regierung, die von Bayern, daß sie einem „sozialdemokratischen“ Verbands den Vorzug vor einem christlichen gegeben hätte. Wenn es wahr wäre, wäre es durchaus löblich, denn bei der Schilderung des betreffenden Verhältnisses zeigt sich der Charakter der christlichen Gewerkschaftsleitung. Sie bezieht den jüdisch-deutschen Eisenbahnerverband der staatsumfingenden Tendenz, um die eigene Organisation dann zu empfehlen.

Wir waren und sind heute noch der Meinung, daß die Gründung dieser Gewerkschaften nicht notwendig und, weil eine Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterklasse herbeiführend, schädlich war. Wenn dann die christlichen Gewerkschaften, um die Arbeiter feindliche Politik des Zentrums zu üben, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch indirekte Steuern und ihre Rechtslosmachung in der Reichsversicherungsordnung aufzuheben und hierbei mitzuwirken, so halten wir uns verpflichtet, diese den Masseninteressen des Pro-

letariats hohnsprechende Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen. Ertüchlich ist es auch, daß unter diesen Umständen in den Vereinen, wo die Zentralverbände mit den christlichen Gewerkschaften um Gewinnung des Bodens ringen, harte Worte fallen. Eine Arbeiterorganisation darf eben nicht im Dienste einer volksfeindlichen Partei das Interesse der Arbeiterklasse preisgeben. Auf gewerkschaftlichem Gebiet haben die christlichen Organisationen die Taktik der Zentralverbände in den letzten Jahren angewandt oder anwenden müssen. Bei ihrer Gründung hieß es, der Friede zwischen Kapital und Arbeit solle, entgegen der vorhergehenden Tätigkeit der Zentralverbände, gesichert werden. Im Jahresbericht für 1910 rühmen sich diese Gewerkschaften, daß sie 254 Lohnbewegungen und Streiks selbständig und 697 mit anderen Organisationen geführt haben, und daß in 330 Fällen die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter christlich organisiert war.

Der Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften erhöhte sich im Jahresdurchschnitt von 270751 im Jahre 1909 auf 295751 im Jahre 1910 und betrug am Jahresabschluss 316115.

Im Jahresdurchschnitt hatten 1910 Mitglieder: Bauarbeiter 34048 (- 370), Bergarbeiter 82023 (+ 3404), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 3018 (+ 102), Eisenbahner (bayerische) 27369 (- 586), Eisenbahner (württembergische) 2217 (am Jahresabschluss 1909 1861 Mitglieder), Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 16066 (+ 7146), Gärtner 770 (+ 37), Graphischer Zentralverband 1485 (+ 31), Heimarbeiterinnen 6191 (- 338), Holzarbeiter 12409 (+ 1304), Kellner 1634 (+ 449), Seidamarbeiter 6042 (+ 321), Krankenpfleger 1378 (+ 12), Lederarbeiter 4609 (+ 566), Maler 3616 (+ 271), Metallarbeiter 28627 (+ 4437), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 1742 (+ 530), Schneider 3786 (+ 396), Staats-, Gemeindefabrik- und Verleihsarbeiter 13433 (- 1065), Tabakarbeiter 6801 (+ 1234), Telegraphenarbeiter 3110 (- 212), und Textilarbeiter 34755 (+ 4492).

Die 22 christlichen Verbände hatten eine Jahreseinnahme von 5490994 Mk. und eine Ausgabe von 4916270 Mk. Der Vermögensbestand belief sich am Jahresabschluss auf 6113710 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgaben waren: Streik- und Gemahregelunterstützung 1239500 Mk., Krankenunterstützung 634469 Mk., Agitation 588596 Mk., Verbandsorgan 420039 Mk., Sterbegeld 205013 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 168461 Mk., Rechtschutz 114756 Mk. und für Bibliothek- und Bildungszwecke 146908 Mk.

Wenn auch die Ausgaben der christlichen Gewerkschaften, besonders jene für wirtschaftliche Kämpfe, in den letzten Jahren wesentlich gewachsen sind, so erreichen sie doch bei weitem nicht die der Zentralverbände. Sowohl die christlichen Gewerkschaften als besonders die Gewerkschaften wollten ja das Hauptgewicht auf die gegenseitige Hilfe legen, vermögen aber, wie die nachfolgende Berechnung zeigt, nicht entfernt das zu leisten, was die Zentralverbände ihren Mitgliedern bieten. Es verausgabten für:

Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:			
	Organi- sationen	Mitglieder- zahl	Mk.
Zentralverbände	53	2 017 298	18 704 323
K. P. Gewerkschaften	23	1 222 571	3 154 850
Christl. Gewerkschaften	22	285 129	1 154 275
Streik-, Ausperrungen und Gemahregel:			
Zentralverbände	53	2 017 298	20 413 343
K. P. Gewerkschaften	23	1 222 571	3 393 831
Christl. Gewerkschaften	22	285 129	1 289 500
Arbeitslosen- resp. Reiseunterstützung:			
Zentralverbände	53	2 000 000	7 091 508
K. P. Gewerkschaften	16	110 013	250 278
Christl. Gewerkschaften	14	203 116	168 461
Arbeitslosenunterstützung:			
Zentralverbände	41	1 864 282	6 075 522
K. P. Gewerkschaften	16	110 013	230 757
Christl. Gewerkschaften	14	203 116	168 461

Int. der Reiseunterstützung.
Bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind hier selbstverständlich die von dem Zentralrat fälschlich einbezogenen Unterstützungsleistungen der Krankenkassen nicht verrechnet. Bei dieser, auf die wahren Ergebnisse gestützten Berechnung zeigt sich, daß der „starke Eichbaum“, genannt Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften, doch recht kümmerliche Früchte trägt. Es wäre besser, die beiden in ihren Leistungen weit hinter den Zentralverbänden zurückstehenden Organisationsgruppen würden sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und sich bemühen, das gleiche wie die ersteren zu leisten, um ihren Charakter als wirtschaftliche Kampfvereinigungen darzutun. Der Zentralrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist aber bei der Betrachtung des „starken Eichbaums“, nachdem er die Krankheit des Gewerkschafts durch geliehene Pflaster verdeckt hat, so begeistert, daß er die Leistungen der anderen Vereinigungen nicht zu sehen vermag. Der Arbeiterschaft Deutschlands aber sollten

diese Zahlen erweisen, daß sie einen ausreichenden Schutz und genügende Rückendeckung nur bei den gewerkschaftlichen Zentralverbänden finden können.

Die Mitgliederzahl der unabhängigen und lokalen Vereine hat sich im letzten Jahre von 236 092 auf 233 146 erhöht. Die Angaben entnehmen wir dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich und haben sie, wo nötig, durch die von den Vorständen der Zentralverbände gemachten Mitteilungen ergänzt. Es wird über 39 Organisationen berichtet, von denen die Mehrzahl jedoch nur einen geringen Mitgliederbestand hat. Von den größeren Organisationen hatten im Jahre 1910 Mitglieder: Eisenbahnarbeiter 80 447, Polnische Berufsvereinigungen 61 965, Zivilmilitär 14 218, Post und Telegraphenarbeiter (Bayern) 13 095, Süddeutsche Eisenbahner 12 218, Badische Eisenbahner 11 652, Deutsche Metallarbeiter 10 608, Höhe 7413, Metallarbeiter (Sachsen) 6271, Pflüge- und Wadepersonal 4241, Metallner (Genfer Verband), 3900, Maschinenisten 3770, Brauereiarbeiter 3600 und Transportarbeiter 3000. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Organisationen liegen nur Teilangaben vor. Nach diesen befreit sich die Einnahme auf 1 570 423 M., die Ausgabe auf 1 580 565 M. und der Vermögensbestand auf 1 873 493 M. Ein großer Teil dieser unabhängigen und lokalen Organisationen wird nur sehr bedingter Weise als gewerkschaftliche Kampfvereinigungen angesehen werden können. Trotzdem wollen wir, weil es schwer ist, diese Verbindungen im einzelnen in ihrem Wesen zu beurteilen, sie als Gewerkschaften ansehen und der Gesamtzahl der Mitglieder der vorgenannten drei Organisationsgruppen zurechnen.

Die Gewerkschaften insgesamt hatten im Jahre 1900 einen Mitgliederbestand von 2 447 538. Im Jahre 1910 hatten die Zentralverbände eine Zunahme an Mitgliedern von 181 631 und erreichten einen Mitgliederbestand von 2 017 208. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nahmen um 14 543 Mitglieder zu und erreichten 122 571, die christlichen Gewerkschaften gewannen 21 378 und zählten 265 129 Mitglieder. Die sonstigen Organisationen gewerkschaftlichen Charakters hatten eine Zunahme von 17 054 und zählten 253 116 Mitglieder. Insgesamt war eine Zunahme von 240 606 und ein Bestand von 2 688 111 Mitgliedern zu verzeichnen. Die gesamten Organisationen rechnen mit einer Einnahme von 74 660 120 M., einer Ausgabe von 66 555 762 M. Diese Summen dürften um rund eine Million Mark zu hoch sein, weil hier die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit enthalten sind. Der Vermögensbestand war am Jahresluß 62 563 782 M., wovon auf die Zentralverbände 52 575 505 M. entfielen.

Die Privatbeamtenvereinigungen sind im Vorstehenden nicht eingerechnet, weil sie selbst zum Teil als Gewerkschaften nicht gelten wollen. Die fortgeschrittenen dieser Organisationen suchen zwar mit denselben Mitteln wie die Gewerkschaften für ihre Mitglieder bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, doch halten auch sie einen Anschluß an eine der Gewerkschaftsgruppen für unzumutbar. Deswegen ist es noch nicht an der Zeit, diese Vereinigungen den Gewerkschaften zuzuzählen. Das Statistische Jahrbuch berichtet über 15 kaufmännische Verbände mit 510 650 Mitgliedern, worunter 51 727 weibliche. Darunter ist jedoch der Verband der Handlungsgehilfen mit 12 830 und der Gewerksverein der Kaufleute mit 18 585 Mitgliedern. Diese Verbände sind der Generalkommission resp. dem Verband der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen und dort bereits mitgezählt. Techniker-Verbände werden 19 mit 126 929, Verbände der Bureaubeamten 9 mit 23 459, Verbände landwirtschaftlicher Beamten 1 mit 20 647 und verschiedene Verbände 8 mit 73 795 Mitgliedern, insgesamt 58 Verbände mit 785 471 Mitgliedern, worunter 60 376 weibliche, gezählt. Hiervon sind in Abrechnung zu bringen die oben erwähnten Verbände der Handlungsgehilfen, ferner der Verband der Lagerhalter mit 2419 und der Bureauangestellten mit 5783 Mitgliedern, die beide der Generalkommission angeschlossen sind. Es sind somit zu zählen 54 Verbände mit 715 824 Mitgliedern. Stehen diese Organisationen zum Teil auch den Gewerkschaften ablehnend gegenüber, so werden sie doch, wenn sie ernstlich die Interessen ihrer Mitglieder wahren wollen, genötigt sein, ihr Verhalten gegenüber den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften zu ändern.

Die Unternehmervereinigungen finden heute viele Privatbeamte im Kampf gegen die Gewerkschaften auf ihrer Seite. Sie glauben deshalb, den Anforderungen der Organisation der Privatangehörigen noch weniger Beachtung schenken zu müssen, als denen der Gewerkschaften. Nur die nächste Zeit ist deshalb kaum darauf zu rechnen, daß sich das Kampffeld ändern wird. Die Gewerkschaften müssen bemüht sein, die Stärke des Gegners, soweit das

bei den Unternehmervereinigungen nur irgend möglich ist, kennen zu lernen. Im Vorjahre konnten wir nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs von 2613 Verbänden berichten. Von diesen hatten 1923 über die Zahl der bei diesen beschäftigten Arbeiter berichtet. Die Mitgliederzahl dieser Verbände betrug 115 095, die Arbeiterzahl 3 854 680. Für 1910 werden 2928 Verbände gezählt, von denen jedoch nur 1929 über die Zahl der Mitglieder und 1351 über die Arbeiterzahl berichten. Trotzdem werden höhere Zahlen wie im Vorjahre angegeben, und zwar 127 424 Mitglieder und 4 027 440 bei diesen beschäftigte Arbeiter. Wie sich diese Organisationen auf die einzelnen Industriegruppen verteilen, zeigt die folgende Tabelle:

Nr. Nummer	Berufsgruppe	Anzahl	Davon mit Angaben über		Diese hatten		
			Mitglieder	Arbeiter	Mitglieder	beschäftigte Arbeiter	
1	Landw. Gärtnerei, Fischerei	46	18	16	12 637	77 092	
2	Bergbau, Hütten und Salinenwerke	10	8	7	250	455 401	
3	Industrie der Steine und Erden	100	69	62	3 094	136 611	
4	Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw.	183	150	104	13 256	719 885	
5	Chemische Industrie	4	4	4	101	21 858	
6	Zerulindustrie	91	42	39	3 302	472 829	
7	Papierindustrie	37	35	32	839	49 280	
8	Lebensmittel	49	24	21	1 314	14 839	
9	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	175	153	148	4 995	65 387	
10	Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel	132	111	98	10 419	181 254	
11	Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	242	215	207	9 140	112 588	
12	Baugewerbe	154	811	399	61 832	418 815	
13	Poligraphisches Gewerbe	15	129	124	6 408	75 075	
14	Handels- und Befehrgewerbe	132	71	43	3 985	35 003	
15	Wahl- und Schaustellergewerbe	4	4	2	404	880	
16	Freie Berufe (Theater, Musik)	193	2	2	514	25 000	
17	sonstige Verbände	137	83	80	6 821	359 112	
			1923	1929	1931	127 424	1 027 440

Hat somit im verfloßenen Jahre die Unternehmerorganisation eine nicht unwesentliche Stärkung erfahren, so will es mit der Schutztruppe des Internationals, mit den gelben Vereinen, nicht recht vorwärts gehen. Im Statistischen Jahrbuch werden für 1910 92 gelbe Arbeiterverbände und Werkvereine mit 79 991 Mitgliedern gegen 85 Vereine mit 71 316 Mitgliedern im Jahre 1909 und 79 Vereine mit 63 877 Mitgliedern im Jahre 1908 gezählt. Der Lohn, welchen die Unternehmer den Arbeitern in den gelben Vereinen in Aussicht stellen, scheint doch bei der deutschen Arbeiterklasse nicht zu stehen. Wenn man berücksichtigt, welche Mittel vielfach angewandt werden, um die Arbeiter in die gelben Vereine zu treiben, so muß man dem Ehr- und Meinlichkeitsgefühl der Arbeiter doch nach diesem Erfolg der Bemühungen der Unternehmer ein gutes Zeugnis ausstellen.

Trotz dieses Mißerfolges der gelben Organisation ist es notwendig, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder ein scharfes Augenmerk auf diese Bewegung halten und jeden Versuch, von neuem Verfallitterung in die Gewerkschaftsorganisation hineinzutragen, möglichst im Keime ersticken.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in unaufhaltsamem Vormarsch begriffen. Von Jahr zu Jahr immer mehr füllen sich die Kampfzeilen der Arbeiterverbände und schon längst ist kein Zweifel mehr, daß diese die berufene Organisation der Arbeiterklasse sind. Die kleineren Gruppen, die auch heute noch gesondert existieren, kommen weder für die Ziele, noch für den Erfolg der Bewegung ernstlich in Betracht. Die Zentralverbände sind es, die heute schon den Gang der Entwicklung bestimmen und die Kämpfe austragen. Mit ihnen in erster Linie hat das Internationals zu rechnen. Wenige Jahre der gleichen Entwicklung wie vorher, und die Gewerkschaften werden sich auf der ganzen Linie durchsetzen und die Anerkennung erzwungen haben, die ihnen heute noch mangelhaft von Arbeitgeber, Staat und Reich verweigert wird.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Die Umsätze der Großhandelsgesellschaft deutscher Mannheimer im ersten Halbjahre 1911. Die Großhandelsgesellschaft hatte im ersten Halbjahre 1911 wiederum einen sehr erheblichen Rückgang gegen den entsprechenden Zeitraum 1910. In der Warenrechnung wurden im zweiten Quartal dieses Jahres 22½ Millionen Mark umgesetzt, gegen knapp 18½ Millionen Mark im zweiten Quartal 1910. In auch im ersten Quartal die Umsatzerneuerung ähnlich war, beträgt allem in dieser Zeit für das erste Halbjahr 1911 die Umsatzrechnung über 8 Millionen Mark. Ähnlich gute Ergebnisse wurden in der Warenrechnung erzielt. Die Zigarettenfabriken lieferten im zweiten Quartal für 100 000 M.

und im ersten und zweiten Quartal für 261 000 M. mehr um als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Für die Seifenfabrik ist bekanntlich ein derartiger Vergleich noch nicht möglich, da sie erst Mitte 1910 die Fabrikation begonnen hat. Die Zahlen be- rechtigen jedoch auch hier zu den besten Hoffnungen, da sowohl im ersten als im zweiten Quartal dieses Jahres ein Umsatz von je über 1 Million Mark erzielt wurde, während in den sechs Monaten 1910 der Umsatz nur 1,37 Millionen Mark betrug. Auch die Bank- abteilung erzielte weitere Umsatzergebnisse. Für das erste Halb- jahr 1911 betrug hier die Steigerung im Debet 13 1/2 Millionen Mark und im Kredit gar nahezu 1 Million Mark, so daß sich Gesamtumsätze von 38,9 und 41,2 Millionen Mark ergeben. Wenn die zweite Hälfte des laufenden Jahres ähnliche Ergebnisse bringt, dürfen wir sicher sein, daß die Warenabteilung der Großhandels- gesellschaft in diesem Jahre 100 Millionen Mark Umsatz über- schreitet.

• Notizen für Gasarbeiter •

Zur Entwicklung der Berliner städtischen Gaswerke. Eine Berliner Tageszeitung hatte in einem Artikel behauptet, daß die Gaswerke einen überaus schlechten Geschäftsgang hätten und von Jahr zu Jahr zurückgingen. Diese Annahmen sind völlig irrig, wie jetzt von magistratsmäßiger Seite der Presse mitgeteilt wird. Der Gasabsatz der letzten drei Geschäftsjahre 1908, 1909 und 1910 hat 267 900 000 Kubikmeter, 276 970 000 Kubikmeter, 295 252 000 Kubikmeter betragen und folgende Einnahmen ergeben: 29 561 277,93 M., 30 785 844,96 M., 32 363 681,34 M., wobei das Gas für die öffentliche Beleuchtung und der Selbstverbrauch außer Verrechnung gelassen ist. Der an die Mämerei abgelieferte bayer Heberer schuf hat in diesen drei Jahren 6 311 818,85 M., 7 408 173,83 M. und 8 247 906,45 M. betragen. Aus Neben- produkten sind nicht, wie behauptet, 300 000 M. weniger, sondern 841 812,87 M. mehr als im Vorjahre erzielt worden. An Löhnen sind gegen das Vorjahr nicht weniger, sondern 252 839,27 M. mehr bezahlt worden. Demnach kann nicht von einem empfindlichen Rückgang des Gaskonsums, sondern nur von seiner stetigen Zunahme gesprochen werden. — Wir haben von jener ir- rührenden Notiz einstweilen nichts berichtet, weil wir von vornherein annehmen, es handle sich wieder einmal um ein Manöver, die Zuverlässigkeit des Regiebetriebes in Frage zu stellen.

Aus einer Berliner Requieringektion. Bereits in Nr. 42, Jahrgang 1910, hatten wir uns mit dem St. Requier zu beschäftigen. Am Schluß hatten wir ausgedrückt, daß die Direktion nach dem Medizin felsen soll und Abhilfe der bestehenden Mängel schafft. Diefem war zunächst die Direktion auch nachgekommen, indem nach vor- genommener Kräftigung sich unsere Angaben bestätigten und dem Herrn Inspektor auf einige Zeit die Leitung genommen wurde. Nach einiger Zeit wurde er jedoch wieder zurückversetzt, und das alte Spiel geht weiter! Das nicht alles in Ordnung zu sein scheint, geht wohl daraus hervor, daß er während seines dies- jährigen Urlaubs täglich im Bureau 4—5 Stunden geblieben hat. Während der anderen Zeit sitzt er abends bis 10 Uhr, auch des Sonntags. Vielleicht will er anderen seinen Einblick in seine Bücher tun lassen, hatte er doch während seines Urlaubs nicht einmal die Schlüssel für Bureauunterlagen herausgegeben. Da nun bei einer derartigen Arbeitsleistung resp. Zeit die Verdien ohne weiteres stark in Mitleidenhaft gezogen werden, kann man sein Benehmen gegenüber dem Personal verstehen, daß er durch seine Hebererzucht andere für „nicht normal“ oder für „Idioten“ uhm. erklärt. Wenn man dazu die sonstigen Mißstände betrachtet, welche uns vorliegen, erscheint hier manches wenig „normal“. In der Gewährung der Zulagen, in der Beförderung zum Helfer, Mohr- leger oder Schmelzführer macht er die größten Schwierigkeiten. Auch wäre es richtig, wenn die Bescheinigungen über angeordnete Beleuchtungsgegenstände gleich nach dem Anbringen zum Anstän- digen unterzeichnet würden und nicht erst nach vierzehn Tagen, wenn der betreffende wieder verzogen ist und dann Zeichen fehlen, für die der Anstifter nunmehr verantwortlich gemacht wird. Auch die Einstellung in den Arbeiten läßt zu wünschen. Einem Mohrleger pflügte es, daß während seiner längeren Abwesenheit von Buch über zweijährige Haupttätigkeit verwendet wurden. Nach seiner Wel- dung hätte nun seitens des Inspektors eine eingehende Untersuchung vorgenommen oder veranlaßt werden müssen! Aber warum sich dieser Mühen unterziehen; der Mohrleger ist ja da, der kann be- wachen. Auf seine Eingabe gegen den Schadenersatz erhielt er gar keinen Bescheid. Es war ihm kurz gesagt worden: Sie haben zu zahlen! 45,35 M. sind nun eine hohe Summe bei dem heutigen Einkommen. So werden Leute behandelt, die zehn Jahre beidseitig sind und bei denen niemals etwas vorgekommen ist. Aber weil man der Mohrleger sich weiter bedrückt hat, versucht man, ihn nun noch zu schämen. März, die Klagen der Beschäftigten sind ohne Zahl! Aber nicht nur gegen den Inspektor richten sie sich. Auch gegen den ersten Schreiber. Dieser nimmt sich Nachvollkommenheiten heraus, die ihm nicht zukommen. Auch wird es als ein Hebelhand empfunden, daß die Arbeiter öfters während der Arbeitszeit Privatgänge für die Schreiber besorgen sollen. Unverständlich ist

es auch, daß, als die Arbeiter dem Inspektor gegenüber den Wunsch ausdrückten, die Mücke, welche jetzt unbenutzt ist, als Garderoben- raum einzurichten (zumal 46 Leute in Frage kommen und bei Regenwetter eine größere Trockenmöglichkeit dadurch gegeben ist), dies einfach abgelehnt wurde. Diesen ganzen Hebel und Miß- ständen muß seitens der Direktion einmal ernstlich auf den Grund gegangen werden.

Süßferien für Gasarbeiter in Stendal. Die Verwaltung der städtischen Gaswerke in Stendal führte in diesem Jahre zum ersten Male Süßferien dergestalt ein, daß die Retortenarbeiter jeden vierten Tag einen freien Tag, unter Fortzahlung des Lohnes, er- halten. Wir können diese Maßnahme nur billigen, wollen es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die achtstündige Arbeits- schicht eine für beide Teile befriedigende Maßnahme bedeuten würde.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. (Röhrensystem.) Eine gut besuchte Versammlung nahm am 1. September den Bericht des Arbeiterausschusses entgegen. Auf die in der Sitzung vom 10. März und 7. April ver- handelten Anträge ist Anfang August endlich die Antwort erfolgt. Bezüglich der rechtzeitigen Anweisung der neuen Arbeitsstelle sind die Kolonnenführer nochmals angewiesen worden, den Arbeitern die neue Arbeitsstelle möglichst am Tage vorher mitzuteilen. Soweit dies möglich ist, soll auch bei etwaiger Heberstundenarbeit hiernach verfahren werden. Die Einlegung einer Ehepaare während des Nachmittags wird abgelehnt. Dagegen soll für den Fall der Leistung von Heberstunden nach Schluß der planmäßigen Arbeitszeit und vor Beginn der Heberstunden eine Arbeitsunterbrechung von 15 bis 30 Minuten erfolgen, die aber nicht vergütet werden kann. Bezüg- lich der Anrechnung der Arbeitszeit laut Arbeitsordnung sind die Kolonnenführer angewiesen worden, die Arbeitszeiten innezu- halten und etwaige Abkommandierungen vor Arbeitsantritt bekannt- zugeben, soweit sie dazu in der Lage sind. Geleistete Heberstunden- arbeit ist als solche zu bezahlen, wobei Teile von Heberstunden noch innerhalb derselben Lohnwoche zur Auszahlung kommen sollen. Ferner sind die Kolonnenführer nochmals darauf hingewiesen worden, die Arbeiter anständig und sachgemäß zu behandeln. Die Beschaffung von 200 Regenjacken ist angeordnet worden. Der An- trag, vor Festsetzung von Lohnstrafen den zu Verurteilenden erst zu hören, ist abgelehnt. Abgelehnt ist weiter die Zeit, während welcher bei Regenwetter nicht gearbeitet werden kann, zu bezahlen. Dagegen soll den Arbeitern eine Vergütung von zwei Stunden ge- währt werden, wenn die Arbeit der Witterung wegen am Morgen nicht aufgenommen werden kann. Für bloße Dienstreisheit auf der Baustelle soll ihnen ein Drittel des Lohnes, den sie im Falle der Arbeit während dieser Zeit verdient haben würden, gezahlt werden. In jedem Falle soll die Vergütung insgesamt mindestens die Höhe des Lohnes für zwei Stunden betragen. Auf die gestellten Ausgleichsanträge für die Handwerker wird erklärt, daß wäh- rend der Lohnbewegung im November 1910 von den Arbeiter- vertretern gesagt worden ist, daß es sich darum handle, für die ungelerten Arbeiter eine Lohnerhöhung zu erwirken. Nachdem die Lohnerhöhung eingetreten ist, wird dieser Umstand herange- zogen, um auch für die gelerten Arbeiter der Lohnerhöhung zum Ausgleich gegenüber den erhöhten Löhnen der ungelerten Arbeiter zu erlangen. Wurde dieser Forderung entsprochen werden, müßte damit gerechnet werden, daß dann die ungelerten Arbeiter wieder mit den gleichen Wünschen an uns herantreten würden. Aus diesem Grunde wird die beantragte Lohnaufbesserung abgelehnt. Hierzu nahm die Versammlung eine Resolution an, daß sie von dem Ver- sander nicht beabsichtigt sein könnte. Im Augenblick wird von der Weiterverfolgung der Anträge Abstand genommen. Zu gegebener Zeit sollen die Anträge erneut aufgenommen werden. Die Ver- sammlung nahm ferner Stellung zu der Vergütung der Ausschach- tungsarbeiten an Privatunternehmer. Nach einer lebhaften Dis- kussion, in welcher die niedrigen Löhne, 35—40 Pf., innerhalb 12 bis 14 und außerhalb 23—25 Pf., bei einer Arbeitszeit von 11 bis 14 Stunden scharf kritisiert wurden (auch für Nacharbeit zahlt der Unternehmer diese Löhne), wurde der Arbeiterausschuss beauftragt, scharfsteing eine Sitzung einzuberufen. In dieser soll die Direktion ersucht werden, an den Privatunternehmer keine Arbeiten zu ver- geben, da der größte Teil der von diesem beschäftigten Arbeiter aus der Provinz Polen ist, indem er für diese Stundenlöhne keine billigen erhält, andererseits Berliner Bürger arbeitslos sind. Für den Fall, daß Arbeitsmangel eintritt, sollen die Arbeiter vom Mohrenheim nach den Gasamt überbewiesen werden. Auch über die Nichtbeachtung der Unfallversicherungsberichte wurde bittere Mlage erhoben. Durch die Nichtbeachtung haben sich zwei besonders traurige Fälle ereignet. Auch hierin soll der Ausschuss ver- handeln. In seinem Schlußwort betonte Kollege Wustadter, daß die Reglementation nicht erlassen dürfe. Zwar habe die Regimen- tation gute Fortschritte gemacht, jedoch beweise die Ablehnung der meisten Anträge, daß der Regimen tation noch nicht genügende Be- achtung geschenkt werde. Den letzten Mann der Regimen tation zu- zuführen, muß Aufgabe jedes Verbandesfolgen sein.

Cuxhaven. Die letzte monatliche Versammlung beschäftigte sich im ersten Teil ihrer Verhandlungen mit den geplanten Einschränkungen des Koalitionsrechtes, wie es der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch vorsieht. Auch die übrigen zur Anbelangung der Arbeiterschaft dienenden Bestimmungen des genannten Entwurfes erfuhren die ihnen zukommende Beachtung. Die Versammlung war einig in dem Gedanken, daß es Pflicht eines jeden Gemeinde- und Staatsarbeiters sei, sich bei der Bekämpfung dieses reaktionären Planes vollzählig zu beteiligen. Die ungemein beschränkte Bewegungsfreiheit der staatlichen Arbeiter, denen man zum Teil noch nicht einmal eine Vertretung in Gestalt eines Arbeiterausschusses zugestehen will, verlangt von jedem die volle Mitwirkung bei der Abwehr solcher geschlichen Maßnahmen. Schon bei der bevorstehenden Neuwahl zum Reichstag muß darauf Bedacht genommen werden, möglichst viele, die Arbeiterinteressen schützenden Vertreter zu wählen. Dazu ist rege Anteilnahme am politischen Leben erforderlich. Einen wahrheitsgemäßen Ueberblick aller politischen und wirtschaftlichen Vorgänge verschafft uns die Arbeiterpresse, die mehr als bisher von unseren Kollegen unterstützt werden muß. Die weiteren Verhandlungen waren internen Angelegenheiten gewidmet. Sie ergaben erneut, daß die Cuxhavener Kollegen den Wert der Organisation immer mehr schätzen lernen und alle Bestrebungen gebührend zurückweisen, die auf Zersplitterung und Uneinigkeit abzielen.

Hamburg. In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal dieses Jahres vorgelegt. Weikel erläuterte einzelne Posten der Abrechnung und wurden gegen diese Einwendungen nicht erhoben. Alsdann bewilligte die Versammlung 75 Mk. für unverschuldet in Not geratene Mitglieder. Zu dem am 15. Oktober dieses Jahres stattfindenden Stiftungsfest sollen die Eintrittskarten 30 Pf. das Stück kosten. Am Sonntag, den 17. September nachmittags 2 Uhr, soll im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung sämtlicher Angestellten und Arbeiter und Arbeiterinnen des hamburgischen Staates stattfinden. Es kommen in Frage die Maschinen, Kranführer, Heizer, Handwerker, einschließlich der Gärtner und Pfisterer, die Boten und die Arbeiter und Arbeiterinnen, ferner das Krankenpflege- und Massage- und Paderpersonal. Insgesamt reichlich 17000 Personen, beschäftigt bei der Vaudputation (Straßenreinigung sowie Ingenieur- und Hochbauwesen, am Strom- und Hafenbau und Staatsfai, bei der Stadtwasserleitung und in den Gaswerken einschließlich Straßenbeleuchtung, bei der Polizeibehörde und der Rathaus- und Justizverwaltung, in den Krankenhäusern und Irrenanstalten, auf dem Vieh- und Schlachthof, in der Abdeckerei, auf dem Friedhof und in den Botanischen Gärten. Die Tagesordnung dieser Versammlung betrifft die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit, den Sommerurlaub und die Arbeiterausschüsse, sowie die Versorgungskasse, also die Frage der Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Wie steht es um die wirtschaftliche Lage der staatlichen Arbeiter und Unterangestellten in Hamburg? wird die Tagesfrage sein. Und zu dieser Versammlung werden unsere Kollegen und Kolleginnen zu Tausenden kommen müssen. Diese Versammlung muß eine riesige Demonstration werden.

Hamburg. Ein seltsamer Vorgang in Berlin ist die nachstehende Notiz in Nr. 34 des „Courier“, dem Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Der „Courier“ schreibt: „Ein seltsamer Vorgang in Hamburg. Vor kurzem hielt die Brande Haiarbeiter eine wichtige Versammlung ab, bei welcher Gelegenheit empfohlen wurde, am Tage der Versammlung keine Spätarbeit zu verrichten. Dadurch soll irgendein Paragraf irgendeines Skabentkontrakts verletzt worden sein. Das erregte natürlich den Unmut des Judenfressers Winter, der im Hauptamt Mägewaltiger ist. Um diesem Unmut zu begegnen, ernannte eiligst der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, daß er mit der betreffenden Aufforderung nichts zu tun habe. Diese Erklärung hätte der Staats- und Gemeindearbeiterverband sich sparen können. Er hat überhaupt mit der ganzen Bewegung der Haiarbeiter nichts zu tun, wenn er trotzdem auf den Mitgliederzang geht, so geschieht das gegen die Beschlüsse der maßgebenden Instanzen, die entschieden haben, daß der Matbetrieb in den Hafenbetrieben gehört, für die der Deutsche Transportarbeiterverband zuständig ist — und niemand anders.“ — Zu diesem Anstöß gegen unsere Hamburger Ortsverwaltung wird uns von dieser Mitteilung: Der Autor jener Notiz hat den ersten Teil derselben so abgeschafft, wie man merkt, er ist sich der Paktlosigkeit seiner Behauptungen bewußt. Wie er die Wahrheit kauft, wird schon dadurch bewiesen, daß die fragliche, angeblich „vor kurzem“ stattgehabte Versammlung in Wirklichkeit vor mehreren Jahren, wenn wir uns recht erinnern, im Jahre 1906 stattgefunden hat. Und die Behauptung, wir hätten, um dem Unmut des Stadtdirektors zu begegnen, eiligst erklärt, daß wir mit der betreffenden Aufforderung nichts zu tun hätten, ist eine blanke Unwahrheit, erfinden zu dem Zweck, uns zu diskreditieren, zu verleumdern. Deshalb fehlen auch die Angaben, wann und wo wir die Erklärung abgaben. Behauptungen zu beweisen, scheint bei dem „Courier“ nicht in Übung

zu sein. — Die in Berlin sesshafte Redaktion des „Courier“ ist der Meinung, daß wir „mit der ganzen Bewegung der Haiarbeiter nichts zu tun“ haben. Die Hamburger Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes war bisher anderer Meinung. Dies können wir an ihren Handlungen beweisen. Und sie wußte wohl, warum sie mit uns Freundschaft hielt. Die Mehrzahl der organisierten Haiarbeiter, und unter diesen die Intelligenz und das mutigere Element, gehört unserem Verbands an. Daran haben die „maßgebenden Instanzen“ bisher nichts ändern können und werden sie auch zukünftig nichts ändern. Mit den „maßgebenden Instanzen“ ist das hiesige Gewerkschaftsamt gemeint, das vor mehreren Jahren einmal beschloßen haben soll, die Haiarbeiter müßten sich im Hafenarbeiterverbande organisieren. Dieser Beschluß ist aber in den Annalen des Gewerkschaftsamtstells nicht aufzufinden, ein Beweis dafür, was die „maßgebende Instanz“ selber von dem Beschluß gehalten hat. Übrigens sind schon öfter von den maßgebenden Instanzen in der Arbeiterbewegung Beschlüsse gefaßt worden, die bis in alle Ewigkeit der Ausführung harren, weil sie sich als undurchführbar erwiesen. Die Verhältnisse waren eben stärker als die Beschlüsse der maßgebenden Instanzen. Genau so mit Beziehung auf die Staatsarbeiter in Hamburg. Das haben hier die maßgebenden Instanzen und schließlich der Hafenarbeiterverband auch eingesehen. Man kam verständigerweise zu dem Schluß: Von den 3000 Staatsarbeitern sind kaum 1000 organisiert, Hafenarbeiterverband und Staatsarbeiterverband haben vorerst beide auf dem großen Felde noch reichlich zu tun und Platz nebeneinander, das weitere wird später die Entwicklung der Organisationsverhältnisse lehren. Die „große Bruderorganisation“ Transportarbeiterverband „zu Wasser und zu Lande“ scheint nun aber den Frieden nicht länger dulden zu wollen. Das ist im Interesse der Haiarbeiterschaft zu bedauern. Denn schließlich sind doch wohl die Gewerkschaften der Arbeiter wegen da. Sollte aber die „Bruderorganisation“ Streit mit uns vom Zaun brechen, wie werden nicht knieen.

Nürnberg. Eine allgemeine Versammlung städtischer Arbeiter, welche am 27. August im Saale der „Goldenen Rose“ stattfand, beschäftigte sich mit der Lage und mit den Forderungen der städtischen Arbeiter in Nürnberg. Kollege Holke legte die gegenwärtige Situation und die Forderungen klar, welche im vorigen Jahre im August die städtischen Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse an den Magistrat gelangen ließen. Trotzdem sei behauptet worden, daß sie zu spät eingelaufen sei. Inzwischen stellten die Arbeiterausschüsse mehrmals Anfragen an die Stadverwaltung, was dann mit der Eingabe geantwortet sei, man bekomme aber immer nur gänzlich unzureichende Antworten, selbst als die sozialdemokratischen Vertreter darauf pochten, zu der Sache Stellung zu nehmen, wußte man immer der Angelegenheit geschickt aus dem Wege zu gehen. Jetzt aber haben es die Kollegen satt bekommen, sich an der Nase herumführen zu lassen. Davon zeugte deutlich die starkbesuchte Versammlung, welche auch ihren Unmut über die Stadverwaltung in einer scharfgefaßten Resolution feinen Lauf ließ. In der Diskussion hoben die Gemeindebevollmächtigten Genossen D a u g e n i t z und S a n d e r hervor, daß die sozialdemokratische Rathausfraktion jederzeit bereit gewesen sei, für die Interessen der städtischen Arbeiter einzutreten und daß man bei der bürgerlichen Mehrheit lauten Ehren gesprochen habe. Genosse S a n d e r bemerkte noch, daß der Wirtschaftliche Ausschuss die Abstimmungsverhältnisse nicht begutachtet habe. Sodann unterführten noch eine Reihe Kollegen die Ausführungen des Referenten, wiewohl am Schluß noch auf die verschiedenen Pflichten der städtischen Arbeiter hinwies, die sozialdemokratische Presse zu lesen, Mitglied des Heimats- und Bürgerrechtsvereins zu werden, um das Bürgerrecht erwerben zu können, um bei der kommenden Gemeindevahl der bürgerlichen Mehrheit die richtige Antwort zu geben.

• Gerichts-Zeitung •

Die Wahrheit über Gesundheitsverhältnisse bei Stellenbewerungen. Niemand, der sich um eine bürgerliche oder öffentliche Stelle bewirbt, verpflichtet, ohne besondere Befragung über seinen Gesundheitszustand genau, wahrheitsgetreue Angaben zu machen? Diese für jedermann bedeutsame Frage wurde in folgendem Falle verneint: Der Schuchmann M. in Altona sollte zum Polizeierzanten befördert werden. Seiner Beförderung ging eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch den Stadtarzt voraus. Bei dieser Untersuchung verhielt er — er wurde auch nicht besonders gefragt —, daß er an Schwimbelanfällen litt, die auf eine konstitutionelle Krankheit zurückzuführen waren. 1½ Jahre nach der Beförderung wußte er dann pensioniert werden. Die Stadt weigerte sich, Abzugsgeld zu zahlen, weil sie von M. arglistig über seinen Gesundheitszustand getäuscht worden sei. Das Landgericht Altona, das Oberlandesgericht Kiel entsprachen jedoch der Klage, die M. gegen die Stadt anstrenge. Auch deren Revision war erfolglos. Der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts führte aus: Die Einrede

der Arglist, die schärfer als Einrede der Amtserforschung zu bezichtigen wäre, hat das Verfassungsgericht nicht, wie die Revision auszuführen sucht, mangelhaft und unter Uebergehung erheblicher Behauptungen gewürdigt. Die Beurteilung des in dieser Beziehung festgestellten Sachverhältnisses durch das Gericht geht dahin, es würde eine Ueberspannung des im Verkehr gebotenen Rechts auf Wahrheit sein, wenn man von dem Bewerber um eine bürgerliche oder Beamtenstellung verlangen wollte, daß dieser auch ohne Befragen eine eingehende Auskunft über seine Gesundheitsverhältnisse erteile, und noch mehr müsse dies gelten, wenn es sich um die Beförderung eines bereits angestellten Beamten handele. Diese Würdigung läßt keinen Rechtsirrtum erkennen. Die Revision führt freilich aus: wenn die Beklagte vor der Beförderung des Klägers eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch den Stadtarzt verlangt habe, so liege darin naturgemäß die allgemeine Frage, ob und an welchen Umständen er leide. Allein die Richtigkeit dieser Annahme ist nicht anzuerkennen. Gerade die Anordnung der Vornahme der körperlichen Untersuchung desjenigen, der sich um eine Anstellung bewirbt oder der für eine Beförderung in Betracht kommt, durch die Anstellungsbehörde ergibt, daß diese, soweit es sich um die körperliche Brauchbarkeit des Bewerbers oder des zu Befördernden handelt, das entscheidende Gewicht auf den objektiven Befund des Arztes legt. Meint dieser oder die Anstellungsbehörde, sich hiermit nicht begnügen zu können, so ist es ihre Sache, dem Bewerber oder Beamten bestimmte Fragen über seinen Gesundheitszustand vorzulegen, deren Beantwortung etwa Anlaß zu einer noch genaueren oder auf bestimmte einzelne Körperteile zu richtenden Untersuchung abgeben könnte. Ohne solche Fragen ist jener um so weniger verpflichtet, von etwaigen früheren Leiden oder beobachteten außer gewöhnlichen Erscheinungen an seinem Körper Anzeige zu machen, als er meistens als Paie gar nicht imstande ist, die Bedeutung oder die Tragweite solcher Vorgänge zu beurteilen. Die Revision wurde deshalb zurückgewiesen.

◆ Rundschau ◆

Friedensdemonstrationen. Die deutsche Arbeiterkraft befindet sich gegenwärtig in doppelt und dreifachem Abwehrkampf. Die anhaltende Dürre hat das profitierende Gändlertum veranlaßt, ungläubliche Preise für Lebens- und Genussmittel zu fordern. Die Forderung ist ärger denn je zuvor, und noch immer steigen die Preise für die unentbehrlichen Nahrungsmittel, für Brot, Fleisch, Milch, Gemüse usw. Der Staat aber stellt sich dumm und steht stumm dabei. Er hilft weder durch Aufschlichsung der Grenzen, noch durch Aufhebung der horrenden Zölle oder durch Ermäßigung der Frachten, Uebernahme wichtiger Nahrungsmittel, wie Milchverkauf in Eigenregie und dergleichen, die Not zu lindern. Statt dessen versucht der Staat, die Interessen der Bevölkerung abzulenken durch den Marokkorummel, der einem fortwährenden Spiel mit dem Feuer gleicht. Monatelang schon geht dieser Fimmel und das Zeiltschen und Verhandeln mit Frankreich um „Kompensationen“. Tagelang hat nun in allen drei beteiligten Ländern, in England, Frankreich und Deutschland, in ernsthaften Friedensdemonstrationen das Volk energisch Front gemacht. Und die Herrschenden mögen sich ruhig gefaßt sein lassen: Sie sollen den Vogen nicht gar zu straff spannen, sonst zerreißen! Die Geduld namentlich des deutschen Volkes ist ja sprichwörtlich. Aber was ihm in den letzten Monaten alles geboten worden ist, übersteigt denn doch das zulässige Maß. Vielleicht wäre die Explosion auch schon anderweitig erfolgt, wenn nicht die Reichstagswahlen immer näher in Sicht kämen, trotz allen familiären Hinanzögerns. Der Tag der Abrechnung muß so anstücken, daß den Regierenden der Mut ansieht, die bisherige reaktionäre Aera fortzusetzen. Würde sie es aber dennoch wagen, so weiß der Jörn des Volkes wohl den Weg zu finden, die familiär unterbundene natürliche Entwicklung der gesunden Triebkräfte im Volkleben dennoch durchzuführen. Zwar redt sich gegenwärtig das Unternehmertum wieder hoch auf und möchte gar zu gern jeden kleinsten Streit mit Meßensperren beantworten. Aber diese Trauben fangen den Herren auch schon an sauer zu schmecken, und sobald einmal die polizeilich staatliche Verhängung der Arbeitslosigkeit einbricht, wird der Hebermat der Schatzkammer sich nicht mehr so unerschütterlich bewegen können wie bisher. Es ist schon schlimm genug, daß gegenwärtig ein gut Teil des Bürgertums die Schatzkammer unterkauft, denn würden deren Wünsche ganz erfüllt, er, was bliebe dann noch von dem bürgerlichen Recht und Freiheit, das wir am Ende noch in Deutschland vorfinden. Da müßten nicht bloß die Matbederzialisten unterlernen und zu Kapitalpredigern werden, da würde am Ende Regierung und

Königtum durch den „Umsturz von oben“ in die Verfassung fallen, und Gott Kamraron, der ohnehin die Welt regiert, brauchte nicht erst die Umwege, die heute noch beliebt sind. — In vielen Orten hat die arbeitende Bevölkerung gegen die Kriegshege demonstriert, und die ungeheure Volksarmee, die am letzten Sonntag im Treptower Park in Berlin zu Hunderttausenden manifestierte, daß sie den Frieden will, mag den Herrschenden ein Menetekel sein. Der Entschluß dieser Massen lautet:

„Die versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erheben energischen Widerstand gegen die infame Kriegshege des Finanzkapitals und Monopolkapitals und dessen bezahlter Agenten. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß die ganze Kolonialpolitik nur ein Auswuchs der imperialistischen Machtentfaltung und der kapitalistischen Raublußt ist, daß sie zur Verrohung der erodernden Völker und zur gewalttätigen Vernichtung ganzer Völkerstämme führt, daß diese Politik notwendigerweise Heiberieien und Kollissionen mit anderen Staaten hervorrufen, bei der die arbeitende Bevölkerung die Kosten zu tragen hat, protestieren die Versammelten gegen diese aktenrechtlichen Unternehmungen. Sie verlangen auch, daß in so ersten Fragen die Volksvertretung befragt wird. Die Versammelten erklären, daß sie all ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben werden, die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens zu sichern. Weiter erklären die Versammelten, daß sie sich durch den von den Interessenten entfachtem Kriegstrummel nicht abhalten lassen werden, bei der nächsten Reichstagswahl Abrechnung zu halten mit dem volksfeindlichen und volksausbeutenden Verhalten der jetzt herrschenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Regierungen, indem sie mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. Denn einzig und allein in der Sozialdemokratie finden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ihre Vertretung und nur durch die Sozialdemokratie werden die Forderungen der Kultur und der Völkerfreiheit erfüllt.“

Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeiterkongressen. Der Verband der Steinseher hatte auf der vorigen Weltausstellung in Brüssel eine Muster-Vaubude für Straßenbahnarbeiter ausgestellt. Dem Verband ist dafür das Diplom zur goldenen Medaille von der Ausstellungsjury zuerkannt worden. Für den genannten Verband waren bei der Ausstellung natürlich nicht die üblichen Wettbewerbsbedingungen maßgebend. Der II. internationale Straßenkongress, der zur Zeit der Ausstellung in Brüssel tagte, hatte jedoch eine Sonderausstellung im Rahmen der allgemeinen Ausstellung veranstaltet. Diese Gelegenheit benutzte der Verband der Steinseher, um einmal den Straßenbauarbeitern aller Kulturländer zu zeigen, welche beachtlichen Ansprüche die Arbeiter des Straßenbaues an den gewerkschaftlichen Arbeiterschutz stellen und wie wenig bis jetzt davon erfüllt ist. Diesen Zweck hat die Ausstellung der Vaubude tatsächlich erfüllt. Sie ist Gegenstand eingehender Betrachtung gewesen und hat in mehreren Fachblättern des In- und Auslandes eine ausführliche Besprechung erfahren. Der Verband ist Mitglied der ständigen Vereinigung zur Veranstaltung internationaler Straßenkongresse, die ihren Sitz in Paris hat und der neben den meisten Straßenbau-technischen Körperschaften auch die meisten Regierungen angehören. Der Kongress und die mit ihm verbundene Ausstellung hat den Arbeitern des Straßenbaues mitbin die denkbar beste Gelegenheit, ihre Ansichten über den notwendigen Arbeiterschutz zum Ausdruck zu bringen. Da auch der deutsche Reichskommissar für die Weltausstellung den prämierten Verband zu den empfangenen Auszeichnung beglückwünschte, so darf man hoffen, daß nunmehr das Tempo des Straßenbauarbeiter-schutzverbandes ein etwas lebhafteres werden wird!

Zwei Welten. Das „Hamb. Echo“ schreibt: Das war doch wieder einmal Was Neues! Das Leben im Gemüß ist oft recht langweilig und die Leute von der hohen Bourgeoisie sind sehr dankbar, wenn einmal ein neuer Nerventübel kommt. Für einen Tribünenplatz bei der Kaiserparade spendiert man ganz gern den Wochenlohn eines Arbeiters, zumal, wenn man ihn ganz in der Nähe hat. Aber wie leben in einer demokratischen Zeit. Von dem Gemüß der Geldsäde oben bekommen die Epische unten wenigstens den Nachgeschmack. Dafür sorgt schon unsere Schundpresse, die in seinen langen Artikeln, mit hübschen Anecdoten ausgestattet, das bunte Schauspiel in lächerlichen Farben malt. Neben anderen hat da der „General-Anzeiger“ sein Meddliches getan, wie wohl dieser kurze Auschnitt beweisen wird: „Die Vorbereitungen waren für die Tribünenbesucher natürlich der Glou der Parade, schon darum, weil sie ihnen das Kaiserpaar, die Prinzen und die glänzende Suite so lange Zeit vor Augen stellte. Schließlich sind solche Infanterievorbereitungen ja nicht sonderlich interessant, wenn man nicht für ein besonderes Regiment durch persönliche Beziehungen Interesse hat und nicht ganz genau in der Richtungslinie mit dem Kaiser sitzt. Nur dann kann man beurteilen, ob eine Kompagnie gut vorbikommt oder nicht. Die Tribünenbesucher schienen aber alle mit natürlichem Interesse zu haben, das sich gelegentlich sogar bis zum Entzücken steigerte. Man flüchtete, wie im Theater. Am übrigen sprach man den richtigen Ankerlöben auf das lebhafteste zu und entkorste an allen Ecken und Bläcken. Manche

Leute hatten sich wirklich ausgerüstet, als wenn es gelte, den Nordpol zu erreichen. Ein wohlbeliebter Herr mit sehr vergnügtem Gesicht dürfte mit der Größe seines Moberz, der einem soliden Wanktorb gleich, den Refektor aufgestellt haben. Er wurde für diese Glanzleistung vom Publikum durch lebhafteste Ovationen ausgezeichnet, die er sichtlich ercent entgegennahm. Im übrigen unterbielt man sich vortrefflich durch das alte nettsche Spiel mit den beliebten Zurufen: „Sihen bleiben!“ und „Sui ab!“ - Das zuweilen etwas abflauende Interesse frischte sich sofort wieder auf, als sich der Kaiser und später die Kaiserin oder eine der anwesenden Fürstlichkeiten an die Spitze eines Regiments setzten. Dann war der Jubel natürlich groß und der Patriotismus machte sich in Hurras oder in stürmischen Mairischen Luft. — Man klatschte wie im Theater! Man amüsierte sich bei einem freivolten französischen Schwanz daran, daß sich ein paar tausend uniformierte Menschen wie Traktuppuppen aufziehen lassen und ihre Glieder verrenten. Man belustigt sich mit einem sinn- und zwecklosen Schauspiel, bei dem das Geld haufenweise weggeworfen wird, man prahlt dabei und läßt die Fropfen knallen. Aber wie sieht es auf der anderen Seite aus? Da bildet der folgende Vorfall ein Gegenbild zu der obigen Zeichnung des „General-Anzeigers“ und wirft ein helles Schlaglicht auf unsere Zustände: Am 25. August, abends gegen 8 Uhr, fiel in der Nachstraße, Ecke der Langenstraße, ein Mann vor Entkräftung um. Hunger und Not standen ihm im Gesicht geschrieben. Als ein Arbeiter den Mann wieder aufgerichtet hatte, brach er nach einigen Schritten wieder zusammen. Seine einzigen Worte waren nur immer: „Ich bin krank!“ Ein Schwamm war natürlich nicht zu sehen. Der Kranke war ein Tabakarbeiter, der den ganzen Tag nichts genossen hatte. Die letzten Rächte hatte der Unglückliche im Freien zugebracht. Eine mitleidige Frau gab ihm eine Suppe. — Wir haben es doch herzlich weit gebracht! Und die „General-Anzeiger“ blühen und gedeihen an allen Ecken!

Die Staubbekämpfung auf den Straßen Berlins hat die Berliner Stadtverwaltung nimmehr in großem Maßstabe mit neuen Mitteln durchgeführt. Nur die Asphalt- und Holzplasterstraßen hat man eine verdünnte Mischung von Weichmittel verwendet, wovon insgesamt 43724 Kilogramm in einprozentiger Verdünnung verpresst worden sind. Eine Wagenfüllung genügt für 5000 Quadratmeter. Im ganzen sind 2811 Millionen Quadratmeter Straßenfläche rund 5-mal während des Jahres besprengt worden. Die Kosten des Weichmittels haben 17 890 Mk. betragen. Daneben haben während des Tages auch die Straßenwaschmaschinen gearbeitet, aber doch in so beschränkter Maße, daß nicht nur an Kosten der Bedienung und Verpflanzung gewahrt, sondern auch der Straßenverkehr durch das teilweise Fortfallen der Sprengwagen entlastet werden konnte. Nur den großen Verkehr ist erfahrungsgemäß nur die einprozentige Lösung gut geeignet, da sie das Pflaster nicht schlüpfrig macht. Die Versuche mit der Behandlung von Steinstraßen, wofür Lösungen von Chlormagnesium oder Chloraluzium in Betracht kommen, nicht so gut gelungen. Diese Lösungen wirken nur zwei bis drei Tage lang und dürfen nicht über die ganze Straßenfläche, sondern in Abständen ausgepresst werden derart, daß mit einer Wagenfüllung von 1000 Litern 50000 Quadratmeter Dammläche versorgt werden. Solche Lösungen verhindern, daß der Schutz an dem Pflaster festhalten, sie verhindern also die Arbeit beim Beschaffen der vereijnen Schneereifen an den Wortschwellen.

Die drei Grundregeln der Hygiene. Ueber dieses Thema wurde kürzlich in der „Berliner Volkzeitung“ folgende Satire gebracht: Weil jetzt so viel über Gesundheitspflege gesprochen wird, beschloß ich, unseren berühmtesten Hygieniker, den Professor Mopakt, über alle diese Dinge zu interviewen. Ich schrieb ihm einen Brief und kündigte ihm meinen Besuch an. Und teilte ihm mit, daß ich ihn darüber befragen möchte, warum es immer noch so viel Krankheit und Elend in der Welt gebe, und welches denn nun eigentlich die hygienisch richtige Lebensweise ist. Als ich in der verabredeten Stunde bei Geheimrat Mopakt eintrat, begrüßte er mich auf das herzlichste. Er ist ein schärmanter Mann, wie das von dem Lehrer einer so angenehmen und heilsamen Wissenschaft nicht anders zu erwarten war. „Warum?“ so begann ich, „warum, lieber Herr Professor, gibt es immer noch so viel Krankheit und Elend in der Welt, und welches ist nun eigentlich die hygienisch richtige Lebensweise?“ Professor Mopakt setzte sich in seinen großen Lehnbuhl, blickte mich freundlich an und lächelte wehmütig: „Mein Herr“, sagte er, „die Lehren der Hygiene sind außerordentlich klar und einfach, und wenn die Menschen wollen, so können sie gesund sein. Aber sie wollen nur nicht, und es ist ihre eigene Schuld, daß es noch so viel Krankheit in der Welt gibt. Sehen Sie, mein Herr, drei Dinge sind unbedingt notwendig für die Gesundheit. Zuerst einmal gutes reichliches Essen. Wer gesund bleiben will, muß am Tage ein Pfund bösen Maiz- oder Hammelkäses essen, ferner reiches Gemüse, Salate, leimverdauliches Mehlrot, nicht das hässliche Schwarzbrot. Darüber sind hundert Bücher geschrieben worden, aber gehört wird immer noch nicht darauf. Zweitens gesunde Bewegung in frischer Luft. Wer gesund bleiben

will, muß drei oder vier Stunden am Tage in freier Luft leichten Sport betreiben. Ich selber habe im Nahgebiet Vorträge darüber gehalten und versucht, die Kohlenarbeiter für das Lawn-Tennis-Spiel zu gewinnen. Was soll ich Ihnen sagen? Ins Gesicht hat man mir gelacht, und der Erfolg ist gleich null gewesen. Drittens: hygienisches Wohnen. Mein Mensch kann gesund sein, der in engen, schlecht gelüfteten Räumen wohnt. Sehen Sie hier in Berlin. Da wohnen die Leute zusammengepfercht in den Industrievierteln des Nordens und Südens. Warum ziehen sie nicht in die Villenkolonie Grunewald, wo es mitten im Grünen Villen gibt mit allem hygienischen Komfort? Nein, alles wohnt in diesen schrecklichen Mietskasernen, in Rauch und schlechter Luft, und dann wundert man sich über die vielen blaffen Gesichter. Ach, mein Herr“, schloß Professor Mopakt seufzend, „die Wissenschaft weiß es schon, wie es gemacht werden soll, und ihre Schuld in es nicht, daß niemand auf sie hört.“ Ich war überzeugt. „Wie groß“, murmelte ich vor mich hin, „wie groß ist die Wissenschaft, und wie toricht sind wir, daß wir nicht einmal ihre einfachsten Regeln befolgen.“

Die Grammophonitis. (Ein Stoßseufzer.)

<p>Jahrlich ist das Meer der Plagen, Womit sich die Menschen anken, So zum Beispiel: hohe Stragen, Färgend an der Männer Stellen, Zamersfelder, die man unten — Ach, warum nur — zugebunden; Auch die Brille, welche zwidt, Und der Stiefel, der dich drückt; All dies ist nicht wohlgefallen, Doch gewöhnt man sich daran.</p>	<p>Doch ein Nebel ward erkunden, Dem wir wehlos preisgegeben; Sind wir erst mit ihm verbunden, Nü verpflucht das ganze Leben, Nicht im Guten, nicht im Bösen Kannst du dich von ihm erlösen, Gegen alles gibt es Schutz: Eins nur bietet allem Trub: Tiefes ist der Höllentun. Den erzeugt das Grammophon.</p>
---	--

Ebenso das Steuerablen
Macht uns oftmals Kopfzerbrechen,
Aber bei den nächsten Wahlen
Füssen wir uns dafür rächen.
Zieht uns einer vor den Wagen,
Nennen wir ihn gleich verklagen;
Nacht uns eine Trakale um,
Elt herbei das Publikum.
So gibt es für jedes Weh
Eine Tröstung in der Weh.

Ständend, wie der Schrei des Raben,
Zingt es, mühselig und langsam
Es vom Morgen bis zum Abend,
Wenn im Haus wird phonographisch.
Und weil diese Unglücksstraße
Auch nichts weiß von Sonntagstrübe,
Lautet sie dich zu jeder Zeit,
Wid du ganz wehmutig bist.
Leute, macht das Konstrum stumm,
Sonst bringt es uns alle um!
„Gamb Gcho.“

Eingegangene Schriften und Bücher

„Kaiser, Kaiser, Zentrum, Deutscher Verfassungsjammer und sterblicher Anjanismus.“ Von J. Meerfeld. Verlag Buchhandlung Potwartz Paul Zinger G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 75 Pf. Vereinsgabe 30 Pf.

Näher durch die deutsche Arbeiterversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Von Geh. Regierungsrat A. Pittmann, Oldenburg. Verlag von Stephan Geibel, Altona, Z. N. 46 Seiten. Preis 30 Pf. (bei größeren Partien treten ermäßigte Preise ein). 18. bis 22. Tausend.

Jährlich 12 reich illustrierte Hefte und 2 Bücher. Ver. 8°. Bezugspreis 7 Mk.

Die Nr. 34 der Gewerkschaft
ist total vergriffen. Wir ersuchen die Filialen, überschüssige Exemplare an uns einzusenden. Der Verbandsvorstand.

Totenliste des Verbandes.

Julius Barthold, Lichtenberg Möhrleger (Gasantalt) † 26. 8. 1911, 39 Jahre alt.	August Fischer, Nürnberg Geiger (Stadt-Wasserwerk) † 27. 8. 1911, 64 Jahre alt.
--	--

Sauver, Lichtenberg
Arbeiter (Gasantalt Lichtenberg)
gestorben am 31. 8. 1911.
Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Arbeitervereine v. A. Hermann, Bernauerstraße 10/11, Berlin SW. 68, Unterpostfach 46. Druck: Bornhans Buchdruckerei und Verlagsantalt Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Unterpostfach 46.